

# nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE  
UR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

IX. Jahrgang

12

nkfurt, Dezember 1969

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 E

22. XII 1970  
BIBLIOTHEK

**G**eprellt in alle Ewigkeit — so hat die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ in Anlehnung an einen bekannten Romantitel den Leitartikel ihres Wirtschaftsteils überschrieben. Mit den Geprellten meint sie die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften, denen in der ersten Sitzung der konzertierten Aktion unter der neuen Regierung wieder einmal deutlich gemacht worden sei, sie sollten mit Lohnforderungen zurückstecken. Denselben Rat erteilen die Sachverständigen, die, wie alljährlich, jetzt ihr Jahresgutachten veröffentlicht haben. Auch ihr Rezept ist betonte Zurückhaltung bei Preisen und Löhnen, um die Konjunktur absichern zu können. Dabei wird in dem Jahresbericht behauptet, es bestehe kein Nachholbedarf an Lohnerhöhungen mehr und weitergehende Ansprüche könnten die Reallöhne nur noch um den Preis einer durch neue Rezession bedingten Arbeitslosigkeit erhöhen.

Es ist das alte Lied: Während der Rezession 1966 hat die Arbeiterschaft die Konsequenzen tragen müssen mit Lohnabbau, Verzicht auf in den Betrieben mühsam erkämpfte Sozialansprüche und mit Arbeitslosigkeit. Als die Konjunktur wieder im Anstieg war, wurden die Gewerkschaften in der konzertierten Aktion vom sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller auf lohnpolitisches Maßhalten vergattert, um den Konjunkturauftrieb nicht zu gefährden. Als 1968 die Konjunktur ihrem Höhepunkt zustrebte, stiegen die Unternehmergevinne um mehr als 22 Prozent an, während die Erhöhung der Effektivlöhne nicht einmal 5 Prozent erreichte. Heute, auf dem Höhepunkt der Konjunktur, soll für die Arbeiter und Angestellten wieder das Maßhaltegebot gelten mit der Begründung, Lohnerhöhungen, mit denen eine Angleichung der Löhne an die hohen Unternehmergevinne — also soziale Symmetrie — erstrebt wird, würden die Konjunktur in Gefahr bringen und zur Arbeitslosigkeit führen.

Unterdessen steigen die Preise. Allein in der Zeit vom 15. September bis zum 18. November hat das Bundeskartellamt 7400 höhere Preise für gewerbliche Waren von Markenartikelherstellern registriert. Niemand kann einen Beweis dafür antreten, daß diese Preissteigerungen auf überhöhte Löhne zurückzuführen sind. Andererseits aber haben die Unternehmer im Verlauf der Konjunktur zusätzlich erhebliche Rationalisierungsgewinne einstreichen können, und die Ausnutzung der Produktionskapazität mit 92 Prozent bedeutet einen Höchststand.

Inzwischen hat der DGB eine wirtschaftliche Zielprojektion bis zum Jahre 1974 veröffentlicht. Das ist zweifellos zu begrüßen; das angestrebte Ziel bedeutet jedoch keine grundlegende Korrektur der sozial ungerechten Einkommensverteilung. Man muß sich auch davor hüten, mit dieser Zielprojektion die lohnpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften den Wirtschaftsexperten zu überlassen. Im Spätkapitalismus sind Lohnfragen immer noch Machtfragen, und es bleibt den Gewerkschaften die politische Aufgabe — ohne sich von Schiller auf soziale Symmetrie durch nebulöse Vermögensbildungspläne vertrösten zu lassen — zu verhindern, daß die Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik „in alle Ewigkeit“ die Geprellten sind.

<b>Motor des Fortschritts:</b>	
Lenins Lehre . . . . .	2
Unzufriedene Vertrauensleute .	4
IGM-Vertrauensleutewahl . .	5
<b>DGB-Zielprojektion</b>	
bis 1974 . . . . .	7
<b>Umfangreiche</b>	
Lohnbewegung . . . . .	8
<b>Bei Preisen mitbestimmen</b>	
Wieder konzertierte Aktion .	11
Bergbaulöhne	
im Mittelpunkt . . . . .	12
<b>NPD verbieten!</b>	
. . . . .	13
<b>Mitbestimmungsmodelle</b>	
der ÖTV-Gewerkschaft .	14
<b>Kein echtes</b>	
„Tauschgeschäft“ . . . . .	16

## Zauberformeln

„Die erste soziale Symmetrie hat nicht funktioniert, die zweite aber muß klappen.“ Das erklärte der zweite Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, auf einer Funktionärskonferenz seiner Gewerkschaft in Köln.

Leider spricht aber alles dafür, daß es auch mit der „zweiten sozialen Symmetrie“ nicht klappen wird, besonders, wenn sich die Gewerkschaften weiter auf die Schillerschen Zauberformeln — „konzertierte Aktion“, „flankierende Maßnahmen“ und „soziale Symmetrie“ — festlegen lassen.

Einen Ausgleich für den jahrelangen lohnpolitischen Verzicht werden die Gewerkschaften nur mit einer expansiven Lohnpolitik erreichen, einer Lohnpolitik, die sich nicht an irgendwelche wirtschaftspolitischen Daten fesseln läßt.

Wie so etwas zu verwirklichen ist, haben die September-Streiks gezeigt

okolus

# Motor des Fortschritts

## „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ Wissenschaftliche Tagung der NACHRICHTEN

Aus Anlaß des bevorstehenden 100. Geburtstages von W. I. Lenin im April 1970 veranstalteten Herausgeber und Redaktion der Zeitschrift NACHRICHTEN am 6. und 7. Dezember 1969 in Nürnberg eine wissenschaftliche Tagung zum Thema: „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik.“ Die Tagung, an der Betriebsarbeiter, marxistische Gewerkschafter und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik teilnahmen, erhielt einen besonderen Akzent durch die Beteiligung einer Gruppe von Wissenschaftlern aus der DDR, an der Spitze Frau Prof. Dr. Johanna Töpfer, stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, und des sowjetischen Wissenschaftlers Prof. Dr. Lunjow von der Hochschule der Gewerkschaften in Moskau. Drei Referate gaben die Grundlage für eine interessante Diskussion in drei Arbeitskreisen. Das einmütige Urteil der 200 Teilnehmer, unter ihnen viele Betriebsräte und Inhaber gewerkschaftlicher Funktionen: Die Tagung hatte ein bemerkenswert hohes Niveau.

Heinz Seeger, Herausgeber der NACHRICHTEN, unterstrich bei Eröffnung der Tagung die aktuelle Bezogenheit der Lehren Lenins auf die gegenwärtige soziale und gesellschaftliche Problematik, mit der sich die Gewerkschaftsbewegung tagtäglich zu befassen habe. Es sei der Sinn der Tagung, sagte Seeger, mitzuhelfen, das für eine erfolgreiche Interessenwahrnehmung unerlässliche marxistische Rüstzeug der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik zu verbessern.

Bei der Begrüßung der Tagungsteilnehmer erinnerte Bernhard Höltz aus Nürnberg, Betriebsrat bei der AEG-Telefunken, daran, daß Lenin sich im Herbst des Jahres 1900 in Nürnberg aufgehalten hatte, wo er mit dem bekannten Sozialdemokraten Adolf Braun über eine organisatorisch-technische Hilfe bei der Herausgabe der Zeitung „Iskra“ verhandelte.

Als erster Referent sprach Prof. Dr. Lunjow zum Thema: „W. I. Lenin über die Aufgaben der Gewerkschaften im internationalen Klassenkampf des Proletariats“. Der Referent ging davon aus, das Lenins Name zum Symbol der russischen Oktoberrevolution von 1917 geworden sei, der tiefgreifendsten revolutionären Umgestaltung, die eine Wende der Menschheit zum Sozialismus und Kommunismus bedeutete. Sein Name sei zugleich aufs engste mit den Namen Marx und Engels verbunden, denn die gesamte Tätigkeit Lenins fuße auf der Grundlage der von ihnen geschaffenen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Prof. Lunjow erläuterte das Wesen der Leninschen Lehre von den Gewerkschaften. Erstens habe Lenin die Gewerkschaften als eine Massenorganisation aufgefaßt, zweitens als eine Organisation, die die breiten Massen für den Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals vereinigen und den sozialen mit dem politischen Kampf verbinden müsse und drittens als eine von den Parteien unabhängige,

vollkommen selbständige Organisation der Werktätigen.

Prof. Lunjow wies die Lenin von Gegnern des Marxismus unterstellte Absicht, die Gewerkschaften zu Anhängern der marxistischen Partei machen zu wollen, zurück. Lenins bildhafter Ausdruck von den Gewerkschaften als Transmissionsriemen der Partei sei vielmehr als Aufforderung an die Parteimitglieder zu verstehen gewesen, in den Gewerkschaften zu arbeiten, um eng mit den werktätigen Massen in Verbindung bleiben zu können. Lenin habe den Gewerkschaften auch im Sozialismus die Rolle der allseitigen Interessenvertretung der Werktätigen zugewiesen.

Die Notwendigkeit der Verbindung des sozialen und politischen Kampfes der Gewerkschaften betonte auch der zweite Referent, Josef Ledwohn, Herausgeber der NACHRICHTEN. Ledwohn sprach zum Thema: „Standort der Gewerkschaften in der Bundesrepublik im Kampf für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen“.

Lenins Gedanken über die Gewerkschaften seien in unserer Zeit für die Arbeiterbewegung in zweifacher Hinsicht aktuell: Einmal wegen ihrer Bedeutung für das Erkennen der Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen der vollen Herausbildung des staatsmonopolistischen Systems und des damit verbundenen Versuchs einer Regulierung der Klassenbeziehungen; zweitens wegen ihrer großen theoretisch-praktischen Bedeutung für die neue Rolle der Gewerkschaften unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Der Redner begrüßte, auf die aktuellen Fragen der Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik eingehend, den Forderungskatalog des DGB an die neue Bundesregierung, sowie die kürzlich vorgelegten Zielprojektionen für die ersten 70er Jahre. Schon heute sei zu übersehen, warnte Ledwohn, daß die neue Regierung unter einen

massiven Druck von rechts geraten werde. Ein solcher Druck sei aber vermeidlich, wenn die Regierung in wesentlichen Fragen eine neue Politik — etwa im Sinne der Gewerkschaftsforderungen — beginnen würde. „Einem so gearteten Druck von rechts auf die Regierung, um sie nach rechts zu treiben, müßte die Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften energisch entgegentreten.“

Der Redner analysierte die verschiedenen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik. Sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter würden gemeinsam für die Stärkung der Gewerkschaften als unabhängige Kampforganisation der Arbeiterklasse eintreten und bestrebt sein, auf der Basis der gewerkschaftlichen Beschlüsse die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu vertreten und die gewerkschaftliche Einheit zu festigen. Die Marxisten würden mit ihrer ganzen Kraft dazu beitragen, daß die Gewerkschaften des DGB in den großen Entscheidungen unserer Zeit ihre aktive Rolle übernehmen können.

Als dritte Referentin sprach auf der Tagung Frau Prof. Dr. Johanna Töpfer, stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, zum Thema: „Die Gewerkschaften im sozialistischen Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik“. — „Ganz gleich, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Gewerkschaften in unserer Zeit wirken“, sagte die Referentin, „ihr Handeln als Klassenorganisation der Arbeiter und Angestellten ist objektiv Bestandteil des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus.“

Prof. Johanna Töpfer erläuterte in ihrem Referat den systembedingten Charakter der Gewerkschaftsarbeit in der sozialistischen DDR. In der DDR sei die Mitbestimmung, die in den ersten Jahren nach 1945 dazu gedient habe, Betriebe, Schulen und Verwaltungen von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern zu säubern, nur in Verbindung mit der Überführung der entscheidenden Produktionsmittel in Volkseigentum zu einem alle Ebenen und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Recht der Gewerkschaften geworden.

Das habe Klarheit darüber geschaffen, daß die traditionellen Forderungen der Gewerkschaften nur verwirklicht werden können, wenn mit der reformistischen Vorstellung gebrochen werde, der Kapitalismus könne mittels einiger Schönheitsreparaturen den Rahmen für die Verwirklichung der Ziele der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung abgeben. „Der Standort, den die Gewerkschaften heute in der DDR haben, ist das Ergebnis der grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. Er war ein Prozeß ideo-logischer Klärung und des Lernens, und, auch das muß gesagt werden,

er ist nicht einfach auf die Bedingungen der Bundesrepublik übertragbar."

In drei Arbeitskreisen wurden solche Fragen diskutiert, wie die Standortbestimmung der Gewerkschaften, Gewerkschaften als demokratische Potenz und internationale Gewerkschaftsarbeit (Arbeitskreis I), Veränderung der bestehenden Machtstrukturen, Konzentration der Wirtschaft, Mitbestimmung, Überführung in Gemeineigentum, demokratische Planung (Arbeitskreis II), Lohnpolitik und soziale Sicherheit, technische Revolution, Strukturveränderungen, Bildung (Arbeitskreis III).

Im Arbeitskreis I wurde u. a. anhand der DGB-Forderungen an die Regierung untersucht, inwieweit diesen in der Regierungserklärung entsprochen wurde. Der Diskussionskreis gelangte zu der Feststellung, daß sie in gewissen zweitrangigen Fragen dem Gewerkschaftsstandpunkt zwar entspreche, in den entscheidenden gesellschaftspolitischen Aussagen den Positionen der Gewerkschaften jedoch entgegenstehe. Das gesellschaftliche Leitbild dieser Bundesregierung sei, ebenso wie das der vorhergegangenen, der staatsmonopolistische Kapitalismus.

Im Mittelpunkt der Diskussion im Arbeitskreis II stand die Durchsetzung der Mitbestimmung als systemverändernde Politik der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften. Als notwendig wurde betont, daß neben der gesetzlichen Regelung jetzt vor allem Mitbestimmungsfakten und -rechte im gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampf durchgesetzt werden müssen. Möglichkeiten dazu würden Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen bieten.

Der Arbeitskreis III interpretierte die aktive Lohnpolitik dahingehend, daß sie die Mitglieder der Gewerkschaften und die Belegschaften an der Fixierung der konkreten Forderungen zu beteiligen habe und darüber hinaus eine Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeiterklasse herbeiführen müsse. Die Zielprojektion des DGB wurde als Zeichen für eine mögliche Alternative gewertet, die aber nicht den Anspruch erheben könne, eine grundlegende Korrektur der Einkommensverteilung anzustreben.

G. S.

Um einen größeren Kreis von Interessierten mit dem Inhalt der Referate und Diskussionen auf der wissenschaftlichen Tagung bekanntzumachen, beabsichtigt die NACHRICHTEN-Verlags-GmbH die schnelle Herausgabe eines Protokolls. Es soll bereits im ersten Quartal des kommenden Jahres zur Verfügung stehen. Bestellungen können schon jetzt an den Verlag gerichtet werden.

## Prof. Dr. Lunjow: Gewerkschaften und Parteien

Eine wichtige Frage ist die Frage nach den Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und politischen Parteien, darunter auch den kommunistischen Parteien. Die Reaktion, die Gegner des Marxismus, sowie die Anhänger der sozialen Partnerschaft behaupten, daß die Leninschen Äußerungen in dieser Frage die Unabhängigkeit der Gewerkschaften abstreiten, sie zum Anhängsel der Parteien machen. Sie benutzen dabei den bildhaften Ausdruck Lenins über die Gewerkschaften als Transmissionsriemen der Partei...

W. I. Lenin betrachtete die Gewerkschaften als eine vollkommen selbständige Organisation der Werktätigen, als Schule ihres Zusammenschlusses, ihrer Solidarität, ihrer Interessenvertretung. In bezug auf das Verhältnis der Gewerkschaften zu politischen Parteien betonte Lenin, daß „jede von diesen beiden Organisationen (Partei und Gewerkschaft) ein ihrer Natur entsprechendes Tätigkeitsgebiet hat, wo sie vollkommen selbständig wirken soll“, und daß man im Bestreben, möglichst enge Kontakte zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse herzustellen, die Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen nicht außer acht lassen darf...

Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften bedeutet aber keine Unabhängigkeit von sozialen und Klassenzusammenstößen, keine Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Politik. Wenn die Gewerkschaften den selbständigen Kurs verteidigen, so können sie nicht abseits von der Politik stehen. Die Unabhängigkeit von der Politik heißt in der Praxis die Abhängigkeit von der Reaktion."

## Josef Ledwohn: Mitbestimmung eine Frage der Macht

Die Forderung nach Mitbestimmung ist in ihrem Kern die Forderung nach Zurückdrängung und Einschränkung der Monopolherrschaft; der Kampf um die Mitbestimmung wesentlich der Kampf um den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. So stellt sich die Frage der Mitbestimmung, die wir Marxisten gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften mit der Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in Eigentum der öffentlichen Hand und nach einer demokratischen Wirtschaftsplanung verbinden, wesentlich als Frage der Macht.

In diesem Sinne betonen wir, daß die Arbeiterklasse die Mitbestimmung erkämpfen muß, um in der Bundesrepublik eine friedliche und demokratische Politik durchzusetzen, grundlegende Volksrechte zu verwirklichen, Militarismus und Neonazismus zu überwinden und den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt zu erzwingen.

Es entspricht der Leninschen Lehre, daß der sozialistischen Umwälzung, namentlich in den hochentwickelten imperialistischen Ländern, eine Etappe anti-imperialistisch-demokratischer Umgestaltungen vorausgehen muß, daß die erfolgreiche Lösung der Aufgaben dieser Etappe, zu denen auch der Kampf um Mitbestimmung gehört, die Voraussetzungen und den Ausgangspunkt für den weiteren Vormarsch zum Sozialismus schafft. Es wäre total falsch, demokratische Forderungen, wie die nach Mitbestimmung unter Berufung auf den Sozialismus abzulehnen, Sozialismus und Demokratie einander entgegenzustellen. In Wirklichkeit gibt es — wie Lenin lehrte — keinen anderen Weg zum Sozialismus als den des Kampfes um die Demokratie, der heute, im spätkapitalistischen Herrschaftssystem, nur als antiimperialistische Demokratie verwirklicht werden kann.

## Prof. Dr. Töpfer: Im Sozialismus neue Möglichkeiten

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund identifiziert sich vorbehaltlos mit der sozialistischen Staatsmacht in der DDR. Das ist keinerlei Gegensatz zur Interessenvertretung der Gewerkschaften. Im Gegenteil — diese Identifikation schafft Voraussetzungen, damit die Funktionen gewerkschaftlicher Interessenvertretung entsprechend den qualitativ neuen Möglichkeiten in der sozialistischen Gesellschaftsordnung voll wahrgenommen werden können... Für die Werktätigen der kapitalistischen Länder wird der Sozialismus dadurch anziehend, weil er die Probleme unserer Zeit positiv im Interesse der Werktätigen löst, weil hier die Ziele der Gewerkschaften wie Mitbestimmung, soziale Sicherheit, Gleichberechtigung der Frauen und Jugendlichen Wirklichkeit sind...

Die Arbeiterklasse gestaltet mit Hilfe ihrer politischen Herrschaft alle gesellschaftlichen Verhältnisse um und schafft damit zugleich neue Grundlagen für die Tätigkeit ihrer Gewerkschaften. Im Kapitalismus ist die Dialektik in der Arbeit der Gewerkschaften derart, daß sie bei der Verteidigung der täglichen Interessen der Arbeiter und Angestellten auf die Grenzen des Ausbeutungssystems stoßen und die Überwindung dieses Systems in ihre Konzeption einschließen müssen.

# Unzufriedene Vertrauensleute

## Gewerkschaftsmitglieder wollen an Tarifpolitik mitwirken Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsräte

Eine aktive und betriebsnahe Tarifpolitik zu führen, die Gewerkschaftsmitglieder bei Lohnbewegungen zu beteiligen und die Rechte der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb zu erweitern — das waren die Forderungen, die auf der 7. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder am 26. und 27. November 1969 in Braunschweig im Mittelpunkt standen. Der Gesamteindruck: Mitglieder und Funktionäre der IG Metall in den Betrieben sind mit manchem, was der Vorstand tut, nicht mehr so recht zufrieden und fordern die Aktivierung und Verbesserung der Interessenvertretung.

So kritisierte der Delegierte Becker, begleitet von auffallend starkem Beifall, die „Art und Weise, wie bei uns Lohnpolitik gemacht wird“. Die Mitglieder würden überhaupt nicht gefragt. In die gleiche Kerbe hieb auch der Betriebsratsvorsitzende der Ford-Werke, Tolusch. Die spontanen Arbeitsniederlegungen im September hätten bereits große Erfolge gebracht; um wieviel größer würden aber die Erfolge sein, wenn die Gewerkschaft zum organisierten Kampf antrete! Spitzengespräche seien nur gut, wenn sie mit den Interessen der Mitglieder übereinstimmen. Tolusch nannte vier Forderungen, um deren Realisierung vordringlich gekämpft werden müsse:

- Die Effektivlöhne müssen Tariflöhne sein.
- Es muß ein familiengerechtes, garantiertes Mindesteinkommen geschaffen werden.
- Die Laufzeiten der Tarifverträge müssen kurz und mit einer Gleitklausel gegen Preissteigerungen versehen sein.
- Der bezahlte Bildungsurlaub muß schnell verwirklicht werden, da heute bereits ein 40jähriger Arbeitnehmer damit rechnen kann, sich ein- bis zweimal umqualifizieren zu müssen.

Die Einbeziehung der Mitglieder in die Tarifpolitik und die Überprüfung der in letzter Zeit üblichen zentralen Verhandlungen forderte auch der Delegierte Neumann aus Mülheim/Ruhr. Die Delegierte Lore Schneider nannte diese Art Tarifpolitik, bei der die Bezirke und die Mitglieder der IG Metall ausgeschaltet würden, eine sträfliche Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Im Ergebnis dieser kritischen Diskussion wurde ein Initiativantrag angenommen, der die Forderungen einer Tagung der Gesamtbetriebsräte von Opel und Ford wiedergibt und die Beendigung der separaten Lohnpolitik des IGM-Vorstandes verlangt (siehe Wortlaut: „Die Mitglieder sind entscheidend“).

Ein weiteres zentrales Konferenzthema war die Stellung des gewerkschaftli-

chen Vertrauensmannes und damit der Gewerkschaft im Betrieb. Dazu sei die wirksame Mitbestimmung der Gewerkschaften am Arbeitsplatz, im Betrieb und auf allen Ebenen der Wirtschaft unerlässlich. Dieses Verlangen dürfe man nicht nur an das Parlament richten, sagte der Delegierte Meißner. Für dessen Durchsetzung seien insbesondere gewerkschaftliche Aktionen nötig. Der DGB müsse ein entsprechendes Aktionsprogramm ausarbeiten.

Der Delegierte Lietzau kritisierte, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute kaum noch die Möglichkeit hätten, ihre Funktion auszuüben. Der Arbeitsplatz sei nach Sekunden ausgemessen, und von der Maschine könne man nicht weg. „Was wir brauchen, ist bezahlte Freistellung von einigen Stunden im Monat.“ Es fiel auf, daß diese Forderung von dem für Betriebsräte und Vertrauensleute zuständigen Vorstandsmitglied der IG Metall, Fritz Strothmann, in dessen Referat nicht ausdrücklich gestellt wurde. Strothmann erinnerte lediglich an dieses Verlangen, das in der Tarifbewegung des Spätsommers eine Rolle gespielt habe. An anderer Stelle seines Referats sagte Strothmann jedoch, daß die IG Metall „den Kampf für die Rechte und für den Schutz der Vertrauensleute weiterführen“ werde. Unverbindlich erscheint die Angelegenheit auch darum, weil die Forderung nach zeitweiliger Freistellung der Vertrauensleute auch in der von der Konferenz verabschiedeten Entschließung „Zur Arbeit der Vertrauensleute“ nicht enthalten ist. (Siehe auch: „IGM-Vertrauensleutewahl“, S. 5)

Die Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsräte forderte die neue Bundesregierung auf, ihre in der Regierungserklärung niedergelegten Absichten konsequent in die Tat umzusetzen. Die Delegierten forderten u. a. das Verbot der NPD, Maßnahmen zur Preisstabilisierung und eine gerechte Steuerpolitik. Das „Benachteiligungsverbot“, wie es zur Zeit in bezug auf die Tätigkeit der Vertrauensleute besteht, soll mit dem Ziel eines erweiterten Kündigungsschutzes ausgebaut werden.

In einer Entschließung zur Mitbestimmung erklärt die Konferenz: „Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften fühlen sich in diesen Fragen von den politischen Parteien nicht genügend unterstützt. Sie erwarten vom 6. Deutschen Bundestag gesetzgeberische Schritte zur Verwirklichung der Mitbestimmung in Betrieb, Unternehmen und Wirtschaft auf der Basis der Forderungen des DGB.“ Ein gewisser Widerspruch hierzu liegt in der Ergänzung dieser Entschließung mit einem Satz, der besagt, daß „im Zuge der Zeit“ eine Überarbeitung der DGB-Vorschläge für die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes notwen-

## Mitglieder entscheidend

„Die Forderung der Tagung der Gesamtbetriebsräte von Opel und Ford für betriebsnahe Tarifverträge wird von der 7. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder unterstützt. Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die Möglichkeit für betriebsnahe Tarifverträge zu schaffen, mit dem Ziel, die Effektivlöhne zu Tariflöhnen zu machen. Ferner müßte ein Wegfall der unteren Lohngruppen herbeigeführt werden.“

Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, die gesamte Mitgliedschaft in die Tarifbewegung einzubeziehen und nicht auszuschalten, wie dies bei zentralen Gesprächen der Fall war. Ohne Mitwirkung der Mitglieder dürfen keine Tarifverträge mehr abgeschlossen werden.“ (Wortlaut Entschließung Nr. 15)

dig geworden sei. Zuvor hatte der IG-Metall-Vorsitzende Brenner in seinem Referat diesen Gedanken ausgesprochen, ohne ihn jedoch näher zu konkretisieren. Eine Angleichung des DGB-Entwurfes an den weniger guten Entwurf der SPD, was ja „im Zuge der Zeit“ denkbar wäre, ist hoffentlich von Otto Brenner nicht beabsichtigt und müßte auch unbedingt vermieden werden.

Die Konferenz verabschiedete ferner Entschließungen zur Mitbestimmung im Handwerk, Verbesserung der Arbeitssicherheit, gerechten Entlohnung der Frauen, Arbeit der Betriebsjugendvertretungen, betrieblichen Berufsausbildung und zur besseren Betreuung der ausländischen Arbeiter, die ebenfalls einige Vertrauensleute delegiert hatten.

Mit Unmutsäußerungen und gegen ganz wenige Stimmen wurde von den

Beauftragten der Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall ein Zusatzantrag abgewiesen, mit dem versucht werden sollte, „den entschiedeneren Kampf gegen alle rechtsradikalen Kräfte“ auch gegen links zu lenken. Mit Beifall wurde der Zwischenruf Strothmanns aufgenommen, daß auch die Gewerkschafter „links“ stünden.

Bemerkenswert war auch die Analyse, die Strothmann in seinem Referat von der Wirtschaft der Bundesrepublik gab, namentlich von den Großbetrieben in der Metallindustrie. Die Betriebe seien vom Standpunkt der Eigentümer nur „Anlagen zur Kapitalvermehrung“, in denen den Arbeitern und Angestellten „die Mitbestimmung bei den wesentlichen, ihr eigenes Schicksal betreffenden Angelegenheiten verwehrt wird“. Der arbeitende Mensch stehe nicht, wie es so oft in schönen Reden und Artikeln dargestellt werde, im Mittelpunkt. Er sei nur eine Kalkulationsgröße. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die Gegenmacht der organisierten Arbeitnehmer so stark zu machen, daß sie die Position in Betrieb und Wirtschaft erhielten, auf die sie Anspruch hätten.

Otto Brenner stellte in seinem Referat fest: „Was die qualifizierte Mitbestimmung betrifft, so hat sich durch den Regierungswechsel die Lage im Grunde nicht verändert.“ Etwas defensiv meinte Brenner, die Gewerkschaften müßten nun „genau wie in den vergangenen Jahren“ bemüht bleiben, dem Gedanken der Mitbestimmung eine breitere politische Grundlage zu verschaffen und die Mitglieder sowie die Öffentlichkeit darüber aufzuklären. Im übrigen könne man aber nicht von einem Verzicht auf die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung oder von einem Stillhalten reden.

Der IG-Metall-Vorsitzende ignorierte damit die Forderung einiger Diskussionsredner, in den Betrieben selbst aktiv zu werden, um die paritätische Mitbestimmung in den Großbetrieben auf vertraglichem Wege zu erreichen und nicht auf die Regierung zu warten. **Tatsächlich wäre das ein Weg, die Erweiterung der Mitbestimmung von der langen Bank herunter zu bekommen, auf die sie in Bonn geschoben wurden, nicht zuletzt durch die starre Haltung der FDP.** Daß ein solcher Weg rechtlich gangbar ist, beweisen entsprechende Verträge der Gewerkschaften mit der Neuen Heimat und der Bank für Gemeinwirtschaft, die in den letzten Wochen abgeschlossen wurden.

Die Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsräte macht die Stimmung der Mitglieder und des Funktionärskörpers der IG Metall in den Betrieben deutlich. Sie, die mit der unveränderten Allmacht der Monopole und Manager täglich konfrontiert werden, fordern die Wiederaufnahme einer aktiven Tarif- und Gewerkschaftspolitik — unabhängig davon, wer in Bonn regiert.

G. Siebert

# IGM-Vertrauensleutewahl

## IG Metall bereitet einen wichtigen Wahlakt vor Zu den Aufgaben gewerkschaftlicher Vertrauensleute

Mit der 7. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder am 26. und 27. November in Braunschweig wurden die Vorbereitungen zu den Wahlen der Vertrauensleute, die im Bereich der IG Metall im ersten Quartal 1970 stattfinden, allgemein begonnen. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt ist die Wahl von Vertrauensleuten von großer Bedeutung. Sie ist mindestens ebenso wichtig wie die Betriebsratswahl.

Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit liegt im Betrieb, und die Gewerkschaften sind umso besser in der Lage, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten, je mehr sie sich im Betrieb auf ein festes Fundament stützen können. Wie in der Schriftenreihe der IG Metall Nr. 41 (6. Auflage, S. 78) hingewiesen wird, ist die Vertrauensleutewahl ein guter Anlaß für eine Bestandsaufnahme, für eine Prüfung des bereits Getanen und des noch nicht Erreichten.

Die Vorbereitung und Durchführung der Vertrauensleutewahlen ist kein technischer Vorgang, sondern eine hochbedeutsame politische Aktion. Nur wenn die Mitglieder Klarheit über entscheidende gewerkschaftliche Fragen besitzen, wenn sie von der Richtigkeit der gewerkschaftlichen Zielvorstellungen und den entsprechenden aktuellen Forderungen überzeugt sind, werden sie mit der Aktivität handeln, die erforderlich ist, um diese verwirklichen zu können.

Die Braunschweiger Konferenz der IG Metall orientierte auf solche wichtigen Probleme wie den entschiedenen Kampf gegen alle rechtsradikalen Kräfte und das Verbot der NPD, einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung zu einer internationalen kontrollierten Abrüstung und den Verzicht auf atomare, bakteriologische und chemische Waffen. Selbstverständlich ist es, daß die Gewerkschaften eine optimale Hebung des Lebensstandards, die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Stabilisierung des Preisniveaus und eine Senkung der Steuerbelastung für die Arbeiter und Angestellten fordern. Diese gewerkschaftspolitischen Fragen müssen auch im Mittelpunkt der Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen stehen, wobei es darauf ankommt, sie mit den unmittelbar im Betrieb anstehenden Problemen zu verbinden.

Die Vertrauensleutewahlen bieten die Möglichkeit zu überprüfen, ob die neue Bundesregierung bereit ist, die mit den gewerkschaftlichen Vorstellungen übereinstimmenden Absichten der Regierungserklärung mit Leben zu erfüllen, und ob sie, wie es in der Entschließung Nr. 1 heißt, „erweitert und konsequent in die Tat um-

gesetzt werden“. Vorrang müßten dabei die Schritte haben, „die geeignet sind, den Weg zur Beseitigung überholter Herrschaftsstrukturen zu ebnen“, und insbesondere die tatsächlichen Mitbestimmungsrechte in allen Bereichen des Arbeitsrechts- und Wirtschaftslebens sicherzustellen.

Ein Hauptthema der 7. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder in Braunschweig war die Lohnbewegung 1969 und damit verbunden die Kritik an dem Zustandekommen der Tarifverträge. Die Konferenz er hob die Forderung, künftig die gesamte Mitgliedschaft in die Tarifbewegung einzubeziehen. „Ohne Mitwirkung der Mitglieder dürfen keine Tarifverträge mehr abgeschlossen werden“, heißt es in der angenommenen Entschließung Nr. 15. Um die Kluft zwischen Tarif- und Effektivverdiensten zu schließen, orientierte die Konferenz darauf, alsbald betriebsnahe Tarifverträge zu schaffen.

Die großen Aufgaben der Vertrauensleute erfordern, daß die besten Gewerkschafter in diese Funktion gewählt werden, die im wahrsten Sinne des Wortes auch das Vertrauen ihrer Kollegen haben. Deshalb ist es für die Autorität jedes einzelnen Vertrauensmannes wichtig, daß er tatsächlich gewählt wird und sich in jeder Situation auf seine Kollegen stützen kann. Es sollte endgültig mit der Praxis Schluß gemacht werden, daß Vertrauensleute von der Ortsverwaltung auf Empfehlung des Betriebsrates ernannt werden.

Welche Eigenschaften soll ein Vertrauensmann haben? In der Schriftenreihe der IG Metall Nr. 41 heißt es: „Der Vertrauensmann soll beruflich tüchtig und gewerkschaftlich aktiv sein. Dazu braucht er gewerkschaftliche und politische Kenntnisse, Mut und Durchsetzungsvermögen. Er muß fähig sein, die Mitglieder der Gruppe zu überzeugten Gewerkschaftsmitgliedern zu machen.“ (S. 20)

Es dürfte klar sein, daß der einzelne Vertrauensmann, auf sich allein gestellt, nicht in der Lage ist, die vielfältigen Aufgaben mit hoher Effektivität zu erfüllen. Erst die Vereinigung der Vertrauensleute im Vertrauenskörper mit gewählter Leitung bildet

das Fundament der Gewerkschaft im Betrieb, ist die Klammer des einheitlichen Wirkens.

Für die Vorbereitung und Durchführung der Vertrauensleutewahlen ist es wichtig, daß die Leitung des Vertrauenskörpers sich einen genauen Überblick über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation in den einzelnen Betriebsabteilungen verschafft, sich entsprechend den gewerkschaftlichen Vorstellungen einen Betriebsplan erarbeitet und zugleich auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Beschlüsse und Grundsätze, Forderungen in ein Arbeitsprogramm aufnimmt, das er in der nächsten dreijährigen Legislaturperiode zu verwirklichen gedenkt.

Bei den Vertrauensleutewahlen 1970 kann der Tarifvertrag über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute vom August 1969 voll ausgelotet werden. Bei der überwiegenden Mehrheit der aktiven Gewerkschaftsfunktionäre ist die Meinung vorherrschend, daß der Vertrag nicht im entferntesten den gewerkschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Die gewerkschaftliche Forderung nach einem zusätzlichen Kündigungsschutz, gleich dem der Betriebsräte, wurde ebensowenig erreicht wie ihre Freistellung für eine bestimmte Zeit, gar nicht zu reden, von der völlig indiskutablen Laufzeit bis zum 31. 12. 1974.

Der Vorstand der IG Metall interpretiert den neuen Tarifvertrag dahingehend, daß die Vertrauensleute jetzt dieselbe Bewegungsfreiheit genießen würden, wie die nicht freigestellten Betriebsräte. Überall in den Betrieben sollten jetzt die Vertrauensleute versuchen, gestützt auf die Interpretation des Vorstandes, während der Arbeitszeit ihre gewerkschaftliche Arbeit zu verrichten und auch die Vertrauensleuteversammlungen durchzuführen. Sollten die Unternehmer sich widersetzen, so sollte von der Möglichkeit des § 4 des Tarifvertrages Gebrauch gemacht werden, der vorsieht, daß in Fällen von Meinungsverschiedenheiten die Tarifvertragsparteien hinzugezogen werden können.

Nur indem die Unternehmer auf die Probe gestellt werden, wird sich zeigen, was der Vertrag wirklich wert ist und ob die Interpretation, die vom Vorstand der IG Metall gegeben wird, zutreffend ist. Die Braunschweiger Konferenz gab in der Entschließung Nr. 2 die Empfehlung, aufbauend auf diesen Tarifvertrag, die Verbesserung und Festigung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben mit Phantasie und Zielstrebigkeit voranzutreiben.

Es ist zweifellos ein Hemmnis für die volle Entfaltung der Aktivität der Gewerkschaftsmitglieder auf betrieblicher Ebene, daß die Vertrauensleute in der IG Metall noch nicht die gleichen Rechte haben, wie z. B. in der IG Chemie-Papier-Keramik, in der die

gewerkschaftlichen Vertrauenskörper und ihre Leitungen als Organe der Gewerkschaft in der Satzung verankert wurden. Sie können also auf der Grundlage der von ihnen selbst gefaßten Beschlüsse arbeiten.

Die Vertrauensleute sollten den Vorstand der IG Metall ermuntern, auf dem 10. Gewerkschaftstag 1971 die notwendigen Schritte zu einer diesbezüglichen Satzungsänderung einzuleiten. Auch in den Vertreterversammlungen sollten zu gegebener Zeit auch die entsprechenden Anträge gestellt werden.

Der 7. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder lagen die im November 1969 neu gefaßten Richtlinien für Vertrauensleutearbeit der IG Metall vor. Es fällt auf, daß in diesen Richtlinien jetzt Formulierungen enthalten sind, die dahingehend gedeutet werden können, daß der Aktionsradius der Vertrauensleute in den Betrieben eingeschränkt werden soll. In der Fassung vom Februar 1966 hieß es z. B. im Punkt 3 („Die Aufgaben der Vertrauensleute“) u. a.: „... die Vertrauensleute sind Sprecher und Interessenvertreter der Gewerkschaftsmitglieder; vertreten die Politik der IG Metall; leiten zu gewerkschaftlichem Denken und Handeln an...“

In der Neufassung vom November 1969 sind diese Punkte weggefallen und an ihre Stelle traten folgende Formulierungen: „Zur Gestaltung und Festigung der Arbeit der IG Metall in den Betrieben stellen sich den Vertrauensleuten folgende Aufgaben: die Gewerkschaftsmitglieder zu beraten, ihnen die Satzung der IG Metall zu erläutern und sie mit ihren Rechten und Pflichten vertraut zu machen; Beschlüsse, Anweisungen und Mitteilungen gewerkschaftlicher Organe bekanntzugeben und dafür zu sorgen, daß sie diskutiert, beachtet und befolgt werden...“ (Hervorhebungen der Verf.)

## Literaturhinweise zur Vertrauensleutewahl

1. Schriftenreihe der IG Metall, Nr. 41, „Die Arbeit der Vertrauensleute“, 6. Auflage, April 1969.
2. „Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit der IG Metall“, Ausgabe 1970 vom November 1969.
3. Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB sowie die Beschlüsse des 9. Gewerkschaftstages der IG Metall und des 8. DGB-Kongresses.
4. Handbuch für Arbeiter und Angestellte zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis, Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11.

Für die Verwirklichung der Gewerkschaftspolitik kommt der gewerkschaftlichen Aufklärung große Bedeutung zu. Die wichtigste Stelle gewerkschaftlicher Aufklärung ist der Betrieb. Dort besteht am ehesten und am besten die Möglichkeit, der Meinungsmanipulierung durch das Großkapital erfolgreich entgegenzuwirken. Im Betrieb werden alle schnell auf den Boden der gesellschaftlichen Realität gebracht. Dort erleben die Arbeiter und Angestellten „täglich ihre oft entwürdigende Abhängigkeit und damit ihr Klassenschicksal“. (Schriftenreihe der IG Metall, Nr. 41, S. 37)

Um die Interessen der Arbeiter und Angestellten wirkungsvoll vertreten zu können und das Ansehen der Gewerkschaften zu erhöhen, müssen die Betriebsversammlungen gut vorbereitet und durchgeführt werden. Die Vertrauensleute müssen die heißen Eisen anpacken und den Unternehmer mit den Forderungen der Belegschaft konfrontieren. „Von der gezielten und wohlvorbereiteten Kritik der Vertrauensleute hängt es oft ab, ob eine Betriebsversammlung langweilig, ergebnislos verläuft oder ein funktionierendes Organ der Mitbestimmung ist.“ (Nr. 41, S. 45)

Eine gute Arbeit des gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers wirkt auch befriedigend auf die Betriebsratstätigkeit. Ein Betriebsrat steht auf verlorenem Posten und wird auf die Position sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Unternehmern gedrängt, wenn er sich nicht auf eine starke gewerkschaftliche Organisation, auf aktive gewerkschaftliche Vertrauenskörper stützen kann und sich nicht von grundsätzlichen gewerkschaftlichen Erkenntnissen leiten läßt.

In allen Betrieben und Ortsverwaltungen sollte jetzt unverzüglich mit der politischen und organisatorischen Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen begonnen werden. Überall wo Vertrauensleute der Gewerkschaft existieren, wo Vertrauenskörper und ihre Leitungen bestehen, sollte die bisherige Arbeit analysiert und solchen Überlegungen angestellt werden, die Arbeit zu verbessern. Zugleich müßten überall dort, wo es noch keine Vertrauensleute gibt, ernsthaft Gedanken entwickelt werden, wie diese einzuführen und zu wählen sind. Besonderes Gewicht sollte nach der Vorstellung der IG Metall der Gewinnung Jugendlicher, von Frauen und von ausländischen Kollegen gewidmet werden.

Angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution und des in der Regel zu beobachtenden Auseinanderdrucks der Arbeitsplätze, muß die Zahl der Vertrauensleute zum Teil wesentlich erhöht werden. Zweifellos wird eine gut vorbereitete Wahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute dazu beitragen, die Gewerkschaft organisatorisch und politisch zu stärken.

Dr. Heinz Schäfer

# DGB-Zielprojektion bis 1974

## Kein Ersatz für aktive Lohn- und Gehaltspolitik 50 Prozent höheres Realeinkommen angestrebt

Entsprechend eines Auftrags des Münchener DGB-Kongresses hat der DGB-Bundesvorstand Mitte November 1969 erstmals ein eigenes Konzept für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der nächsten vier Jahre vorgelegt. Nach dieser gewerkschaftlichen Zielprojektion könnten bei einer entsprechenden Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die Reallöhne und -gehälter bis 1974 um mehr als 50 Prozent steigen und weitere soziale Verbesserungen erreicht werden. Das DGB-Konzept will aber keine lohnpolitischen Entscheidungen vorwegnehmen, sondern den Gewerkschaften helfen, Alternativen zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates und zum Wirtschaftsbericht der Bundesregierung entwickeln.

Der DGB geht davon aus, daß in den nächsten vier Jahren der Preisanstieg unter der 2-Prozent-Grenze bleibt, weiterhin Vollbeschäftigung besteht und das reale Bruttosozialprodukt um 5 Prozent pro Jahr zunimmt. Unter diesen Voraussetzungen hat der DGB für die nächsten Jahre folgenden Zuwachs der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter) und der privaten Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Gewinne) prognostiziert:

Netto-Lohn- u. -gehälts- zuwachs	Gewinn- zuwachs	(In v. H. gegenüber Vorjahr)
1970	+ 11,1	+ 3,0
1971	+ 8,5	+ 3,5
1972	+ 8,5	+ 4,0
1973	+ 8,5	+ 4,5
1974	+ 7,5	+ 5,1

Mit dieser Relation zwischen Lohn- und Profitentwicklung sollen die Einkommen der Arbeiter und Angestellten wieder auf das Niveau gebracht werden, das einer "symmetrischen" Entwicklung seit Beginn der Konjunktur entspräche. Eine grundlegende Veränderung des Anteils der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt wird allerdings mit dieser Projektion nicht erreicht; dafür wären höhere Einkommenssteigerungen auf Kosten der Profite notwendig.

In der DGB-Projektion wird von Bundestag und Bundesregierung eine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gefordert, die die Gewerkschaften unterstützt, eine symmetrische Entwicklung der Einkommen zu erreichen, den Arbeitnehmeranteil an der Vermögensbildung zu erhöhen, die Arbeitszeit entsprechend den gestiegenen Leistungen zu verkürzen, die Vollbeschäftigung zu sichern und das Preisniveau bei stetigem Wirtschaftswachstum zu stabilisieren. Für die Realisierung dieser Ziele verlangt der DGB unter anderem:

- den Wachstumsspielraum der Wirtschaft mit den Mitteln der regionalen und sektoralen Strukturpolitik sowie der Bildungspolitik voll und ganz auszuschöpfen;
- die Überschüsse im Außenhandel auf 1,5 Prozent des Sozialprodukts zu begrenzen;
- das Preisniveau zu stabilisieren, insbesondere durch das Verbot der Preisbindung der zweiten Hand, der Marktbewerrschung und durch Einführung einer Genehmigungspflicht für Unternehmenszusammenschlüsse;
- Administrativ beeinflußte Preise, wie Mieten, Verkehrstarife und Agrarpreise, preisstabilisierend zu handhaben, mögliche Preissenkungen durch die DM-Aufwertung an die Endverbraucher voll weiterzugeben und den Mietpreiserhöhungen durch eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbau entgegenzutreten;
- die Arbeitnehmer steuerlich zu entlasten durch Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages und Steuerbefreiung von Abfindungen und Übergangszahlungen im Rahmen von Rationalisierungsschutzabkommen, durch Maßnahmen, die der Wiederherstellung der Kilometergeldpauschale auf 50 Pfennig entsprechen, und weitere Steuerentlastungen für Empfänger niedriger Einkommen;
- Die Sparförderungen von Grund auf zu reformieren;
- die vorgezogene Altersgrenze vom 60. Lebensjahr einzuführen und die Mehrkosten durch Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung und verstärktes Heranziehen der Unternehmer zu decken.

Diese in Ergänzung der einkommenspolitischen Ziele an die Regierung Brandt entwickelten Forderungen werden sich keineswegs im Selbstlauf realisieren. So wie die anvisierten Lohn- und Gehaltserhöhungen nur

mit der Kampfstärke der Gewerkschaften gegen die Unternehmer durchgesetzt werden können, erfordern auch die Erwartungen an die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung den ständigen Druck der Gewerkschaften.

Schon heute haben die Unternehmerverbände die gewerkschaftliche Projektion als "unrealistisch" diffamiert. Für die Unternehmer ist es aber real, wenn von 1967 bis 1969 die Arbeitnehmereinkommen lediglich um 20 Prozent, die Profite der Unternehmer aber um mehr als das Doppelte, um 49 Prozent stiegen. Daß die Herren des Großkapitals auch künftig an dieser asymmetrischen Lohn- und Profitentwicklung festhalten wollen, zeigt ein Kommentar im Unternehmerblatt "Der Volkswirt", Nr. 47/69, zu der Forderung der DGB-Projektion nach einer Bruttolohn- und -gehalts-erhöhung von 12,5 Prozent im Jahre 1970: „Demgegenüber hält die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Anhebung des Tarifniveaus um durchschnittlich 5 bis 6 Prozent bereits für zuviel.“

Dieser Standpunkt macht deutlich: freiwillig werden die Unternehmer den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen nicht nachgeben. Nur wenn sie, wie in den Septembertagen, die Entschlossenheit der Arbeiter und Angestellten zu spüren bekommen, können sie zu Zugeständnissen gezwungen werden. Darum ist für das Schicksal der DGB-Projektion entscheidend, daß die Belegschaften in den Betrieben mobilisiert werden und mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit begonnen wird.

Die Erfahrungen mit der konzentrierten Aktion lehren, daß mit zentralen Gesprächen allein nichts zu machen ist, und daß sich letzten Endes nicht die Zielvorstellungen der Gewerkschaften, sondern die der Unternehmer verwirklichen. Die Gewerkschaften können es auch nicht hinnehmen, wenn die Bundesregierung die in der Zielprojektion gestellten Forderungen einfach ignoriert, wie beispielsweise Bundeswirtschaftsminister Schiller, als er es vor Wochen ablehnte, die Preisbindung der zweiten Hand zu beseitigen.

Die Gewerkschaften sollten sich auch im klaren darüber sein, daß ihre Ziele für die nächsten vier Jahre schneller durchgesetzt werden können, wenn es ihnen gelingt, im Kampf für diese Forderungen die einseitige Herrschaftsstruktur in der Bundesrepublik zu verändern. Dazu dient als entscheidendes Mittel die Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Gewerkschaften wären gut beraten, wenn sie einen Aktionsplan zur Realisierung ihrer im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegenden Forderungen der Zielprojektion ausarbeiten und mit Leben erfüllen.

Dr. Werner Petschick

# Umfangreiche Lohnbewegung

## Gewerkschaft ÖTV fordert 12 bis 23 Prozent Bis Frühjahr Tarifkündigungen für 10 Millionen

Mehrere Gewerkschaften sind gegenwärtig angetreten oder bereiten sich darauf vor, für die Beschäftigten der von ihnen betreuten Branchen höhere Löhne und Gehälter durchzusetzen. Die umfangreichste Tarifbewegung findet zur Zeit im öffentlichen Dienst statt. Sie erfaßt — einschließlich der Berufssoldaten und der Versorgungsempfänger — rund 4,5 Millionen Beschäftigte.

Die Gewerkschaft ÖTV hat für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes Lohn- und Gehalts erhöhungen zwischen 12 und 23 Prozent verlangt. Ähnliche Sätze fordern die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und die Deutsche Post gewerkschaft für die Beschäftigten bei Bundesbahn und Bundespost. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat für die Angestellten im öffentlichen Dienst die Erhöhung der Grundvergütung um 15 Prozent gefordert; der Deutsche Beamtenbund verlangte für die 2,5 Millionen Beamten eine Besoldungsverbesserung um 13 Prozent.

Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV hat in ihrer Sitzung am 4. Dezember die Erhöhung der Ecklöhne und Grundvergütungen um 6 Prozent und die Zahlung eines Festbetrages von 70 DM monatlich gefordert. Zusammen mit den ebenfalls verlangten Zuschlägen ergeben sich in den einzelnen Gruppen Lohn- und Gehaltsforderungen von 12 bis 23 Prozent. Die Gewerkschaft ÖTV hat diese „gemischte“ Forderung deshalb erhoben, weil auf diese Weise eine Verminderung der Unterschiede zwischen den hohen und niedrigen Einkommen erreicht werden soll.

Verhandlungen darüber sollen am 16. Dezember beginnen. In der Tarifrunde werden sich die Vertreter der Gewerkschaft ÖTV, der DAG und des Deutschen Beamtenbundes auf der einen und des Bundesinnenministeriums, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie der Kommunalen Arbeitgeberverbände auf der anderen Seite gegenübersetzen. Das Bundesinnenministerium hat bereits zu erkennen gegeben, daß es den Forderungen in der gestellten Höhe nicht nachzukommen gedenkt. Man wolle unter allen Umständen vermeiden, heißt es in Bonn, daß die Preisauftriebstendenzen durch starke Lohnerhöhungen gefördert würden.

Die „Moral“, die in dieser Begründung steckt, lautet so: Wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes Einkommens aufbesserungen in der verlangten und notwendigen Höhe erhalten, dann vermehrt das ihre Kaufkraft und erzeugt stärkere Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Da aber die Industrie- und

Handelsmonopole — verantwortungslos und profitungrig wie sie sind — erhöhte Nachfrage sofort zu Preissteigerungen ausnützen würden, müssen eben die Arbeitnehmer ihre Forderungen zurückschrauben.

Nach dieser wirtschafts- und sozialpolitischen Maxime des bundesdeutschen Kapitalismus haben auch alle Vorgänger der neuen Bundesregierung gehandelt. Wie den früheren, kommt auch der jetzigen Bundesregierung nicht in den Sinn, ungerechtfertigte Preissteigerungen zu unterbinden, damit die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen voll wirksam werden können. Offensichtlich hat sie eben nur Regierungsfunktionen inne, aber nicht die nötige Macht, um die Beherrscher der Wirtschaft zu volkswirtschaftlich verantwortungsvollem Verhalten zu zwingen.

Diese Heiligsprechung der Profite kann von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht akzeptiert werden. Ein großer Teil von ihnen hat bereits in den Septemberstreiks aktiv für die Durchsetzung ihrer Forderungen gekämpft. Sie haben damit gezeigt, wie die berechtigten Lohn- und Gehaltsforderungen letzten Endes zu realisieren sind.

## Bergarbeiter fordern höheren Schichtlohn

Neue Löhne müssen zum 1. Januar 1970 auch für die 275 000 Beschäftigten im Steinkohlenbergbau in Kraft gesetzt werden. Die Bergarbeiter erwarten, daß der Hauptvorstand ihrer Gewerkschaft umgehend in neue Lohn- und Gehaltsverhandlungen eintritt und daß dabei die im Ergebnis der Septemberstreiks auf 3,50 DM angehobenen Schichtlöhne die Ausgangsbasis bilden.

Zu diesem Zweck wäre eine Kündigung der Tarifverträge im Steinkohlenbergbau zum 1. Januar notwendig gewesen. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie im Oktober konnte der Hauptvorstand nur mit Mühe und mit knapper Mehrheit einen Beschuß über die Kündigung der Tarifverträge verhindern. Die Unzufriedenheit im Bergbau über die jahrelange lohnpolitische Benachteiligung der Bergarbeiter und die

neuerliche Preiswelle ist jedoch derart groß, daß die Steinkohlenzechen um eine weitere Anhebung der Schichtlöhne nicht herumkommen werden.

## IG Druck und Papier verlangt 12 Prozent

Die IG Druck und Papier hat zum 31. Januar 1970 den Lohntarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Druckindustrie der Bundesrepublik gekündigt. Zusammen mit dem Kündigungsschreiben übermittelte die Gewerkschaft den Unternehmern der graphischen Industrie ihre Forderungen:

- Lineare Anhebung der Löhne um 12 Prozent,
- Fortfall der Lohngruppe I und Anhebung der Relationen zum Ecklohn in den übrigen Lohngruppen,
- Anhebung der Verdienstrelationen in den ersten drei Gehilfenjahren,
- außerdem forderte die Gewerkschaft, „demnächst außerhalb von Lohnverhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit zusätzlichen vermögenswirksamen Leistungen zu verhandeln“.

## Abschluß im Versicherungsgewerbe

Neben dem öffentlichen Dienst, dem Steinkohlenbergbau und der Druckindustrie wird auch das private Bankgewerbe und das Versicherungswesen von der Tarifbewegung erfaßt. Im Bankgewerbe laufen die Tarifverträge zu Ende Februar aus.

Zum 31. März ist im privaten Versicherungsgewerbe die Kündigung der Gehaltstarife möglich. Die Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen hat jedoch schon am 17. November 1969 für die 175 000 Versicherungsangestellten zum 1. Dezember eine vorgezogene Gehaltserhöhung um 6 Prozent, mindestens jedoch um 50 DM im Monat, durchgesetzt.

Gleichzeitig wurde zwischen der Gewerkschaft HBV und dem Unternehmerverband Übereinstimmung über die Nichtenrechnung der Samstage auf den Urlaub erzielt. Ab 1970 wird ein Samstag, ab 1971 werden zwei und ab 1972 alle Samstage nicht mehr auf den Urlaub angerechnet. Der Gehaltstarifvertrag bleibt unverändert erstmals zum 31. März 1970 kündbar.

## Chemische Industrie rüstet für neue Lohnbewegung

Im Frühjahr 1970 beginnt auch für die über 500 000 Beschäftigten der chemischen Industrie in der Bundesrepublik eine neue Lohn- und Gehaltsbewegung. Zum 31. März sind die

Tarife in der chemischen Industrie von Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz kündbar. Zum 30. April können die Tarifverträge in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, in Niedersachsen, Württemberg-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern und West-Berlin gekündigt werden, während sie in Westfalen, Südbaden und Bayern zum 30. Mai ablaufen.

Im Ergebnis der Septemberstreiks hatten auch die Beschäftigten in der Chemieindustrie ab 1. Oktober 1969 Lohn- und Gehaltserhöhungen um 3,5 Prozent erhalten. Gleichzeitig wurde in Stufen bis 1972 die Nictanrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Urlaub vereinbart. Außerdem hatte der herbstliche Lohnkampf den Beschäftigten in der chemischen Industrie die Erhöhung des Urlaugseldes um 3 auf 15 DM und eine Vereinbarung über den Fortfall der Leichtlohngruppen bis 1975 eingebracht.

### Vorgezogene Verhandlungen in der Bekleidungsindustrie?

Im April sind dann weitere Tarifkündigungen möglich. Zum 30. April können die Verträge für die Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie gekündigt werden. Im Tarifbereich Nordrhein ist die Kündigung schon zum 31. März möglich. Infolge der wachsenden Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Angestellten dieser Branche haben sich die Unternehmer bereiterklärt, mit der Gewerkschaft Textil-Bekleidung schon im Januar in vorgezogene Tarifverhandlungen einzutreten.

Wenn es in der Bekleidungsindustrie nicht bald zu spürbaren Lohnerhöhungen kommt, rechnet die Bezirksleitung Niedersachsen/Nordmark der Gewerkschaft Textil-Bekleidung mit spontanen Streiks. Mit der Feststellung, sie habe die Entwicklung in den Betrieben nicht mehr in der Hand, lehnte die Bezirksleitung weitere Gespräche mit dem Verband nordwestdeutscher Bekleidungsbetriebe als unzweckmäßig ab. Der Verband hatte erklärt, die wirtschaftliche Situation lasse keine Lohnerhöhung zu.

### Landwirtschaft und Bauhauptgewerbe

Schließlich sind im Frühjahr, und zwar zum 31. März bzw. 30. April auch die Lohn- und Gehaltstarifverträge in der Landwirtschaft bzw. im Bauhauptgewerbe kündbar. Für die Forstarbeiter des Bundes und der Länder sowie der Gemeinden in Rheinland-Pfalz und im Saargebiet hat die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft die Tarifverträge bereits zum 31. Dezember dieses Jahres gekündigt. Die Gewerkschaft fordert einen neuen Ecklohn in Höhe von 4,06 DM je Stunde, wozu eine Erhöhung des derzeitigen Ecklohns um 15 Prozent notwendig wird.

Für die rund 1,5 Millionen Beschäftigten des Bauhauptgewerbes, die im Frühjahr ebenfalls in die Tarifbewegung eintreten werden, war im Ergebnis der Septemberstreiks bereits eine zusätzliche Erhöhung der Löhne und Gehälter um knapp 6 Prozent ab 1. Oktober vereinbart worden.

ren 1966 bis 1968 korrigiert werden, die einseitig den Unternehmern Einkommenssteigerung bis zu 22 Prozent im Jahr brachte, während die Arbeiter und Angestellten leer ausgingen oder mit nur 4 Prozent zufrieden sein mußten. Wenn aber im kommenden Jahr die Preise in dem vorausgeschätzten Ausmaß von 3 bis 5 Prozent steigen sollten, so müßten die Gewerkschaften ihre Projektion bezüglich der Lohn- und Gehaltsentwicklung nach oben korrigieren. Das gilt auch bei höherer Produktivität, die z. B. 1968, abweichend von der DGB-Vorausschätzung (5,2 Prozent) nicht unter 7 Prozent Mehrleistung je Erwerbstätigenstunde liegen wird.

Die Konzepte liegen also auf dem Tisch, und aus ihrer Gegensätzlichkeit ergibt sich, daß die Konfrontation „knallhart“ werden wird. Die Unternehmerschaft gedenkt, ihre märchenhaften Profitspannen auf dem Niveau der letzten Jahre zu zementieren, und glaubt sich — da sie diese nur mit Hilfe der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition erreichen konnte — der Unterstützung durch denselben Wirtschaftsminister gewiß. In der ersten Sitzung der konzentrierten Aktion ist dann auch deutlich geworden, daß die Bundesregierung dazu neigt, zum „Maßhalten“ einzigt und allein bei den Löhnen und Gehältern aufzufordern.

Wenn gegenwärtig und in den kommenden Wochen und Monaten bis zum Beginn des Sommers rund 10 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in eine umfangreiche Lohn- und Gehaltsrunde eintreten, so müssen sie damit rechnen, daß sie ihre Forderungen gegen den Widerstand nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Regierung durchsetzen müssen. Sie können das in dem guten Gewissen tun, daß die Lohnkosten je Arbeitsstunde seit etwa zwei Jahren sinken und folglich die Löhne die Preise nicht beeinflussen. Es ist das Profitstreben der Monopole, denen die Gewinne aus Produktivitäts- und Umsatzsteigerung nicht genügen, das die Preise treibt: die Profit-Preis-Spirale.

## Kampf um den Anteil

Schon heute zeichnet sich ab, daß es in den bevorstehenden Tarifbewegungen zu harten Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften kommen wird. Auf diese Situation müssen die Gewerkschaften sich rechtzeitig einstellen und ihre Mitglieder vorbereiten.

Eindeutig ist in dieser Hinsicht die Äußerung des bisherigen Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Prof. Siegfried Balke, die dieser am 9. Dezember unmittelbar vor seinem Abtritt von der BDA-Führung machte: Im kommenden Jahr dürften keine Tarifverträge abgeschlossen werden, die über 5,5 Prozent Lohnerhöhung hinausgehen, da sonst die Preise weiter steigen und die Investitionen nachlassen müßten, was die Gefährdung der Konjunktur bedeute. Diesen lohnpolitischen Tenor

weist auch das Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf.

Damit ist seitens der Unternehmer die Konzeption der Tarifpolitik klar: härtester Widerstand gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten, bei gleichzeitiger wahrheitswidriger Verketzerung der Gewerkschaften als Würger am Hals der Konjunktur. Gut, daß man das weiß.

Die Gewerkschaften haben ihrerseits Position bezogen und in den Zielprojektionen für 1970 die Berechtigung von Lohn- und Gehaltserhöhungen um brutto 12,5 Prozent — netto 11,1 Prozent — nachgewiesen. Allerdings unter der Voraussetzung, daß das Preisniveau „nur“ um 2,6 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 5 Prozent steigt. Mit dieser über Preis- und Produktivitätsanstieg hinausgehenden Lohnforderung soll die ungleichmäßige Einkommensentwicklung in den Jah-

Wenn der DGB und die Gewerkschaften die Mitglieder und die gesamte arbeitende Bevölkerung intensiv über diese Zusammenhänge und die Berechtigung der Gewerkschaftsforderungen aufklären, dann wird es den Unternehmern nicht gelingen, den Kampf um den Anteil am Ertrag der Arbeit der Werktätigen wieder für sich zu entscheiden. Überdies haben die Arbeiter und Angestellten in den September-Streiks vorexerziert, welche Kampfaktionen letztlich den Erfolg sichern. Und wenn mit dem Regierungswechsel in Bonn irgendwie eine Stärkung der Position der Arbeitnehmer in diesem Lande erfolgt sein sollte, so wird sich das spätestens an der Haltung erweisen, die sie bei dem Kampf der Gewerkschaften um die Verwirklichung der berechtigten Forderungen an den Tag legt. Sb.

# Bei Preisen mitbestimmen

## Lohnpolitik durch Einflußnahme auf Preise ergänzen Hemmungslose Preissteigerungen in allen Bereichen

Die Preislawine, die gegenwärtig, in den nächsten Wochen und Monaten über die Verbraucher hinweggeht und die Einkommen der unselbstständig Beschäftigten empfindlich schmälert, hat besonders in den Gewerkschaften starke Beunruhigung ausgelöst. Mit allem Nachdruck stellt sich die Frage, wie diese permanente Inflation, die mal schwächer und mal stärker wirkt, in den Griff zu bekommen ist bzw. wie sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten dagegen schützen können. Mit den Mitteln kapitalistischer Wirtschaftspolitik — und das ist offenkundig auch nicht ihre Aufgabe —, ist eine Preisstabilität nicht zu erreichen; weder mit bürgerlichen Wirtschaftsministern wie Erhard und Schmücker noch mit dem sozialdemokratischen Minister Schiller. Die verstärkte inflationäre Entwicklung stellt darum die Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Tarif- und Gesellschaftspolitik vor besondere Aufgaben.

Kostenmäßig sind die Preissteigerungen, die zur Zeit in allen Branchen vorgenommen werden, überhaupt nicht gerechtfertigt. Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB liegen die industriellen Lohnkosten heute niedriger als vor drei Jahren. Die Produktivität ist also seit 1967 stärker gestiegen als Löhne und Gehälter. Die Preiserhöhungen, heißt es in einer Protesterklärung des DGB vom 8. November, dienten lediglich der Ausweitung der Gewinnspannen. Sie seien eine unverantwortliche Ausnutzung der Marktlage. Die von den Arbeitern und Angestellten erkämpften Lohn- und Gehaltserhöhungen bilden lediglich einen billigen Vorwand für Maßnahmen auf dem Preis-sektor, die bereits vor den Bundestagswahlen entweder angekündigt oder eingeleitet wurden.

Nachdem zunächst das neue Steinkohlenmonopol, die Bergbau-Einheitsgesellschaft, die Kohlen- und Kokspreise um 10 Prozent erhöhte, hat nunmehr auch die Stahlindustrie nachgezogen und zum 1. Januar 1970 neue Preise festgesetzt. Von einer generellen Erhöhung der Strompreise um 5 bis 8 Prozent ist ebenfalls die Rede. Damit sind wichtige Grundpreise der Industrie in Bewegung geraten, so daß sie in fast allen Branchen der verarbeitenden Industrie eine wahre Kettenreaktion auslösen. Das markanteste Beispiel dafür ist die Heraufsetzung der Automobilpreise. Auf breiter Front ziehen auch die Bau-preise, die Textilpreise und — was die Masse der Arbeitnehmer besonders hart trifft — die Lebensmittel-preise an.

Wie rücksichtslos das Gewinnstreben der für diese Entwicklung verantwortlichen Monopole ist, wird besonders an den Stahlpreisen deutlich. Die Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik erlebt seit 1967 eine allgemein als „phantastisch“ bezeichnete Aufwärtsentwicklung. Der Boom bringt der Stahlindustrie nun schon seit zwei Jahren Umsatzrekorde und Rekordprofite. Zusätzlich zu den aus Produk-

tivitäts- und Umsatzsteigerung erzielten Gewinnen hat die Stahlindustrie durch rücksichtsloses Drehen an der Preisschraube ihre Gewinnmarge weiter vergrößert.

So erhöhte die Stahlindustrie in den letzten 18 Monaten ihr gesamtes Preisniveau im Inlandsgeschäft um 12 Prozent und im Export sogar um 28 Prozent. Betonstahl beispielsweise ist 1969 gegenüber dem Vorjahr um ganze 100 Prozent heraufgesetzt worden. Jetzt sollen die Preise für Stahlprodukte angeblich um 8 Prozent erhöht werden. Einige Abnehmerindustrien haben jedoch anhand der neuen Preislisten errechnet, daß es sich effektiv um eine Verteuerung um 15 bis 16 Prozent handeln dürfte.

Bezeichnend ist bei dieser Entwicklung, daß die durch Initiative und „Geburtshilfe“ Professor Schillers gebildeten vier bundesdeutschen Walzstahlkontore ihre Preispolitik fast auf den Pfennig genau miteinander abgesprochen haben. Das ist eine unver-schleierte monopolistische Ausnutzung der Marktlage, die selbst nach den Kartellgesetzen der Bundesrepublik nicht statthaft ist. Wenn die Bundesregierung diesem Vorgehen der Monopole, das sich gegen die gesamt-wirtschaftlichen Interessen, gegen die soziale Lage der Masse des Volkes und gegen die Währungsstabilität richtet, nicht Einhalt gebietet, wird sie den Eindruck nicht auslöschen können, als liege die wirkliche politische Macht nicht in Bonn, sondern anderswo.

Es sei daran erinnert, daß sich vor einigen Jahren USA-Präsident Johnson in einer ähnlichen Situation befand. Damals hatten die amerikanischen Stahlmonopole Preiserhöhungen angekündigt. Johnson verlangte die Annulierung der Stahlpreiserhöhungen, andersfalls die Regierung „hart reagieren“ werde. Unter anderem drohte der Präsident den Entzug von Rüstungsaufträgen an. Die amerikanischen Stahlindustriellen machten daraufhin einen Rückzieher. Es liegt bei der Bundesregierung in Bonn,

Schlußfolgerungen zu ziehen, die die Interessen der Volksmehrheit über jene einer dünnen Minderheit stellen. Dabei wäre sie der Unterstützung durch die Gewerkschaften gewiß.

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die am 14. November 1969 selbst Kritik an der Art und Weise der Monopolpreisbildung in der Stahlindustrie übte, beschrieb andererseits die Unternehmertumoral so: „Wenn die deutschen Werke seit Monaten den Wirtschaftsboom dazu benutzt hatten, ihre Erlöse erheblich zu verbessern, und wenn sie nunmehr beschlossen haben, ihre derzeit starke Marktstellung zu einer noch weitergehenden Preiserhöhung auszunutzen, war und ist das... grundsätzlich legitim und schon gar nicht etwa moralisch anrüchig.“ Die Bundesregierung wird also handeln müssen, und zwar bald, wenn sie nicht mit diesem Standpunkt identifiziert werden will.

Für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die aufgrund ihrer abhängigen Stellung in der Wirtschaft keinen unmittelbaren Einfluß auf die Preisgestaltung haben, stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten zur Sicherung ihres mühsam erkämpften Anteils am Wirtschaftsertrag. Für die Gewerkschaften wird dadurch die Preispolitik zum Bestandteil der Tarifpolitik. Dieses Problem hat kürzlich in einem Vortrag der Anfang November verstorbenen Marburger Professor Werner Hofmann in überzeugender Weise dargestellt.

„Die Preise steigen nicht — sie werden gesteigert“, sagte Prof. Hofmann. Die jüngste Preiswelle habe gezeigt, daß die Preise auch dann erhöht würden, wenn die Löhne stillhalten. Die „schlichte Selbstverteidigung“ gebiete daher eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die bei den Nominallöhnen nicht stehen bleiben dürfe. Die Lohnpolitik müsse sich vielmehr durch Preispolitik ergänzen, da die Seite der Beschäftigten sich um der Lohnsicherung willen auch um die Preisbildung zu kümmern habe. Der Kampf um den Lohn sei ohne Kampf um stabile Preise nicht wirksam zu führen.

Hofmann schlug vor: „Da heute die wirklichen Preisentscheidungen durchweg auf der Stufe der Produktion fallen, selbst für die Endverbraucher etwa über Preisbindung der zweiten Hand, so ist zu sagen: Wirklich aussichtsvoll und im übrigen auch im Sinne einer gesellschaftlichen Kräfteverschiebung wirkend, ist nur eins — Preiskontrolle durch Organe der Beschäftigten in den Unternehmen und Konzernen selbst... Preiskontrolle ist eine Form jener vielberedeten Mitbestimmung, bedeutet inhaltliche Präzisierung dessen, was unter wahrer Mitbestimmung zu verstehen ist.“

Preiskontrolle durch die Beschäftigten bedeute eine Form des Aufbaus von Gegenmacht in den Unternehmen

selbst, mit der zur Geltung gebracht werde, „daß Preiserhöhungen nicht länger ins Belieben Privater gestellt werden dürfen, daß jede sachlich nicht zu begründende Preiserhöhung wie ein Wirtschaftsvergehen an der Gesellschaft zu werten ist“. Hofmann vertrat die Überzeugung, daß eine solche Kampflosung die größte Sympathie in der Öffentlichkeit finden und überdies die unternehmerische Seite in tiefe Verlegenheit stürzen werde. Zugleich könne diese Preiskontrolle über den Weg der Arbeitnehmermitbestimmung „das Exempel eines weitergreifenden strategischen Konzepts bieten: des Gedankens der Arbeiterkontrolle überhaupt“.

Tatsächlich ist nunmehr eine Situation eingetreten, die immer größeren Kreisen von Werktätigen und Gewerkschaftern deutlich macht, daß die Preise in unserem Wirtschaftssystem von den Monopolen und Großunternehmern

aus gewinnsüchtigen Gründen nach oben getrieben werden. Über die Preisbindung werden auf diese Weise auch die Einzelhändler gezwungen, die Verkaufspreise heraufzusetzen, selbst wenn sie das nicht wollen. Dieselben Monopole und Großunternehmen, Ex- und Importeure drücken gleichzeitig die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft stetig nach unten, um auch diese Profitquelle lukrativer zu machen. So sehen sich die Werktätigen, Gewerbetreibenden sowie die Klein- und Mittelbauern in eine gleiche Lage gedrängt.

Auf dieser Basis sollten sich die Gewerkschaften an die Spitze des Kampfes gegen Preistreiberei und damit für die Sicherung der Kaufkraft von Löhnen und Gehältern stellen. Die Ideen von Prof. Hofmann weisen einen neuen, gangbaren und wirksamen Weg.

G. S.

## Steuerlasten

Mit 88,6 Milliarden DM war das Steueraufkommen in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 12,7 Milliarden DM oder 16,8 Prozent höher als in der Vergleichszeit des vergangenen Jahres. Dieser Zuwachs verteilt sich mit 14,3 Prozent auf die gemeinschaftlichen Steuern von Einkommen und mit 20,5 Prozent auf reine Bundessteuern. An Lohnsteuern sind mit 18,2 Milliarden DM mehr als 20 Prozent des Gesamtsteueraufkommens aufgebracht worden.

Dieses Steueraufkommen ist seit dem Vorjahr um 3 Milliarden DM angewachsen und das waren rund 70 Prozent der Mehreinnahmen bei den Einkommensteuern. Zwar hat sich auch die Zuwachsrate bei den Körperschaftssteuern mit 7,75 Milliarden DM gegenüber 6 Milliarden DM um fast 30 Prozent, bezogen auf das vergangene Jahr, erhöht. Doch die verlangten Einkommen — das sind Einkommen der sogenannten Selbständigen — haben gegenüber dem Vorjahr mit 245 Millionen DM einen Zuwachs von nur zwei Prozent erreicht.

Bei den Bundessteuern, das sind jene Steuern, die auf die Preise überwälzt und vom Verbraucher bezahlt werden, sieht es ähnlich aus: In den ersten neun Monaten 1969 stiegen diese Steuern auf 43,7 Milliarden DM. Im Vorjahr waren im gleichen Zeitraum 34,4 Milliarden DM eingegangen, der Zuwachs betrug also 9,4 Milliarden. Hier sind die Mehreinnahmen mit rund 8 Milliarden allein aus der Mehrwertsteuer, die der Verbraucher zu tragen hat, gekommen.

Am stärksten wächst die Lohnsteuer. Das Aufkommen von Bund und Ländern aus der Lohnsteuer wächst seit längerer Zeit überproportional zur Einkommensentwicklung. Im Oktober 1969 stiegen die Einnahmen aus der Lohnsteuer um fast 20 Prozent gegenüber dem Vormonat. Das steht in keinem Verhältnis mehr zur Steigerung der Löhne und Gehälter. Schon während der geringen Lohn- und Gehaltszunahme im Jahre 1968 stieg die Lohnsteuer um fast 13 Prozent. Das war von allen Steuern die stärkste Zunahme.

Wenn dieser Trend weitergeht, wird die Lohnsteuer von 1960 bis 1970 von damals 8 Milliarden DM auf rund 30 Milliarden DM steigen. Gleichzeitig aber wird sich die Einkommensteuer der Selbständigen von seinerzeit 9 Milliarden DM auf nur 19 Milliarden DM erhöhen. Während also die Lohnsteuer um fast 300 Prozent gestiegen ist, erhöhte sich die Einkommensteuer nur um gut 100 Prozent. In diesem Jahr gibt es bei der Lohnsteuer Monate mit Steigerungssätzen von 15,6 Prozent (Januar) und 30,5 (April).

## Wieder konzertierte Aktion

Ende November hat Bundeswirtschaftsminister Schiller nach langer Pause wieder eine Sitzung der konzertierten Aktion einberufen, an der diesmal auch die Vertreter der Landwirtschaft neben den Spitzenorganisationen der Unternehmer und der Gewerkschaften teilgenommen haben. Die Beratungen standen unter dem Stichwort „Stabilisierung ohne Stagnation“.

Nach den Erfahrungen, die die Gewerkschaften bisher mit dieser Schillerschen Veranstaltung machen mußten, blieb auch diesmal kein Zweifel: Die Kosten der Schillerschen Stabilisierungspolitik sollen die Lohn- und Gehaltsempfänger tragen. Das geht schließlich auch aus den vier Punkten hervor, die in dem Kommuniqué des Bundeswirtschaftsministeriums als Resultat der Beratungen veröffentlicht wurde. Danach sollen die staatlichen Ausgaben gedämpft, die Möglichkeiten des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen „ausgeschöpft“ und im Bereich der staatlich beeinflußten Preise die Entwicklung „in engen Grenzen gehalten“ werden.

Geht man den Dingen auf den Grund, wird man schnell feststellen können, daß dieses Instrumentarium des Wirtschaftsministers nicht ausreicht, um eine Stabilisierung der Preise zu erreichen. Niemand wird gegen eine Dämpfung der Staatsausgaben sein; aber wenn man weiß, daß die „Kontinuität“ der Politik der neuen Bundesregierung sich nicht zuletzt darin ausdrückt, daß die NATO-Politik und damit die wahnsinnige Rüstung weitergeführt werden soll, dann weiß man auch, daß die Drosselung der Ausgaben an falscher Stelle erfolgt.

Will die Bundesregierung ernsthaft Wirtschaft und Preise stabilisieren, muß sie energische Maßnahmen gegen die Preistreibereien der Unternehmer einleiten und durch eine sozialere Steuerpolitik die hohen Profite der Großindustrie abschöpfen. Was der Öffentlichkeit als Stabilisierungspolitik des Wirtschaftsministers bekannt geworden ist, wird darauf hinauslaufen, Preisstabilität durch Konsumverzicht der breiten Masse der Bevölkerung zu erreichen.

Die Gewerkschaftsmitglieder werden vermisst haben, daß sich ihre Vertreter auf der Sitzung der konzertierten Aktion kritisch zum Schillerschen Stabilisierungskatalog geäußert und auf seine Verbraucherfeindlichkeit hingewiesen haben. Die Gewerkschaften sollten aber darüber nicht im Zweifel sein, daß Preisstabilität in Wirklichkeit auf Kosten der hohen Profite der Großindustrie erreicht werden muß. Es kommt jetzt darauf an, einerseits die Regierung zu zwingen, gegen die Preistreibereien der Unternehmer und des Großhandels vorzugehen, und andererseits durch eine aktive Lohnpolitik die soziale Benachteiligung der Arbeiter und Angestellten durch die enorme Preiswelle aufzuheben.

Schließlich aber bleibt die Tatsache, daß wirtschaftliche Stabilität eine erhebliche Kürzung der Rüstungsausgaben erforderlich macht. Der Verzicht auf Rüstung würde zu einem stärkeren Warenangebot auf dem Markt führen und dazu beitragen, eine Stabilisierung der Preise einzuleiten.

sr

In die Ostbeziehungen des DGB ist seit dem Regierungswechsel in Bonn eine merkliche Lebhaftigkeit hineingekommen: Anfang Dezember reiste der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter in die sowjetische Hauptstadt, um mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, Scheljepin, zu sprechen. Zehn Tage zuvor, am 23. November, reiste bereits eine andere Delegation des DGB-Bundesvorstandes unter Leitung von Alfons Lappas in die UdSSR. Und selbst der kontakt-abstinente Vorstand der IG Metall schickte Mitte Oktober seinen 2. Vorsitzenden, Eugen Loderer, nach Rumänien und Jugoslawien.

Kontakte des DGB und seiner Gewerkschaften zu den sozialistischen Gewerkschaften können mithelfen, ein realistisches Bild über die sozialistische Wirklichkeit zu vermitteln und eine Atmosphäre der Verständigung zwischen den Völkern zu schaffen. Sie können sogar einen konkreten Beitrag zur Friedenssicherung in Europa leisten. Doch an diesem Punkt scheut der DGB zurück. So entschied der Bundesvorstand des DGB im Oktober, an der von den Gewerkschaftsbünden Polens, der UdSSR, der DDR, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und der CSSR vorgeschlagenen Beratung über Möglichkeiten der Sicherung des Friedens in Europa und der Welt nicht teilzunehmen.

Wenn es ein gutes und praktisches Ergebnis anzustreben gilt, und wenn er den Vertretern der sozialistischen Gewerkschaften gemeinsam gegenüberzusitzen soll, dann paßt der DGB. So war das mit den Kontakten wohl nicht gedacht. Einzeln will er sich die Ostblockgewerkschaften wohl gern vorknöpfen, ihre „falschen Vorstellungen“ über den Kapitalismus korrigieren, ihnen Unterricht in „demokratischem Sozialismus“ erteilen und sie so ganz nebenbei auch nach schwachen Stellen abklopfen, damit man in Bonn mit den nötigen Mitteln nachstoßen kann. Oder wie hat man sich im DGB-Bundesvorstand die Ostkontakte vorgestellt?

In dem Brief, der die Absage einer Teilnahme an den gemeinsamen Beratungen über Möglichkeiten der Friedenssicherung enthielt, bot der DGB dem federführenden polnischen Gewerkschaftsbund separate, inoffizielle Gespräche an. Daß dieses Angebot zugleich mit den Bonner Bemühungen erfolgt, mit Warschau ins Gespräch zu kommen, fällt auf. Man muß dem DGB offensichtlich nahelegen, sich nicht zum Erfüllungsgehilfen Bonner Ostpolitik machen zu lassen und eine eigene Konzeption im Sinne der Verständigung zwischen den Werktäglichen zu verfolgen.

- ert

## Gewerkschaftstag 1969 der IG Bergbau und Energie Viel Kritik an Lohnpolitik und Ruhrkohle AG

Im Jahre 1889, während der großen Streiks der Bergarbeiter, an dem sich 90 000 der insgesamt 110 000 Kumpels beteiligten, wurde die Gewerkschaft der Bergarbeiter gegründet. Die kaiserliche Regierung schickte damals Soldaten ins Revier und ließ auf demonstrierende Bergarbeiter schießen; sechs Bergleute kamen dabei ums Leben. 80 Jahre später, am 14. November 1969, trafen sich die Delegierten der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie zu ihrem „Gewerkschaftstag 1969“, der gleichzeitig eine Jubiläumsfeier war.

Gestreikt wurde während des Gewerkschaftstages ebenfalls, und zwar auf drei Essener Schachtanlagen. Es ging um die Höhe des Weihnachtsgeldes. Diesmal schickte die Regierung keine Soldaten, sondern es erschien als Gast Bundespräsident Heinemann. Aber die sozialpolitischen Probleme, die auf dem Dortmunder Gewerkschaftstag zur Diskussion standen, waren prinzipiell die gleichen wie vor 80 Jahren.

Wenn auch der Bericht des Hauptvorstandes den „gesellschaftlichen Fortschritt“ der Bergarbeiter betonte, wurde von den Delegierten diese

Auffassung nicht geteilt. Otto Kannstein aus Dortmund erklärte: „Im Grunde hat sich an der Ausgangslage des Bergarbeiters seit dem Frühkapitalismus wesentliches nicht geändert, auch nicht durch die Ruhrkohle AG.“ Es ging auf dem Dortmunder Gewerkschaftstag im wesentlichen um die Tarifpolitik sowie um die Stellung der IGBE zur neugegründeten Ruhrkohle AG. In dieser Frage wurde das tiefe Mißtrauen der Bergarbeiter spürbar, die seit Jahrzehnten eine gemeinschaftliche Lösung im Bergbau verlangt hatten und denen eine privatkapitalistische offeriert worden war.

Die Delegierten wandten sich eindeutig gegen die infolge der Beteiligung des IGBE-Vorstandes an der Gründung der Ruhrkohle AG aufgekommene Meinung, die Ruhrkohle AG und die Gewerkschaft seien miteinander identisch. In der Diskussion wurde von der Ruhrkohle AG als „Schutzeinrichtung für Unternehmer“ gesprochen und gefordert, daß die IGBE gegenüber der Ruhrkohle AG wieder eine Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten werden müsse.

Mit Erstaunen nahmen die Delegierten zur Kenntnis, daß Karl van Berk, Mitglied des Hauptvorstandes und Befürworter der Ruhrkohle AG, dem Gewerkschaftstag erklärte, die AG sei eine „echte kapitalistische Gesellschaft“ und dann hinzufügte, hätte er von Anfang an gewußt, was da auf die Gewerkschaft zukommt, wäre auch er für eine entschädigungslose Enteignung gewesen. Entsprechend der Diskussion wurde ein Initiativantrag eingebracht, der die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses mit dem Thema „Ruhrkohle AG“ forderte. Diesem Antrag wurde insofern entsprochen, als die Delegierten sich für ein Vorziehen des Termins für den nächsten, im Spätherbst fälligen Gewerkschaftstag auf April 1970 entschieden.

Nahezu alle Delegierten kritisierten die Lohnpolitik des Hauptvorstandes und befürworteten eine weitere Lohn- und Gehaltserhöhung zum Januar 1970. In einem dieser Forderung entsprechenden Initiativantrag wurde verlangt: „1. Der ab 1. 9. 1969 gültige Zusatztarifvertrag ist sofort zu kün-

digen mit dem Ziel, die für die Arbeiter bisher gewährten 3,50 DM pro Schicht und die Pauschale von 85 DM für Angestellte angemessen zu erhöhen. 2. Die neu zu erstellende Lohnordnung ist auf der Grundlage der im Betrieb gezahlten Effektivlöhne aufzubauen."

Der Delegierte Grüner, einer der Unterzeichner des Initiativantrages, warnte die Delegierten, zu übersehen, daß sich im Januar 1970 das gleiche wiederholen könnte, wie bei den Streikaktionen im September 1969, und die Mitglieder "dann an uns, an den Funktionären und der Organisation" wieder vorbeigehen könnten.

Mit streckenweise beschwörenden Worten versuchte der neue IG-BE-Vorsitzende Adolf Schmidt, wie auch der 2. Vorsitzende, Karl von Berk, den Gewerkschaftstag zur lohnpolitischen Enthaltsamkeit zu verpflichten. Besonders von Berk setzte sich dafür ein, von der betrieblichen Lohnpolitik wegzukommen und eine Harmonisierung der Löhne im ganzen Revier anzustreben. Protest und Pfui-Rufe ern-

tete von Berk, als er die spontanen September-Streiks als "organisierte Aktionen der Kommunisten" abtun wollte.

Es wurde deutlich, daß die Lohnerhöhung vom September nicht verhindern konnte, daß die Unruhe unter den Bergleuten weiter anhält. Zu viel ist ihnen in den letzten Jahren versprochen worden. Die Meinung der Delegierten fand ihren Ausdruck in den Worten des Delegierten Cwicklinski aus Essen, der sagte, die Bergarbeiter müßten wieder "über Urabstimmungen und Streiks" das Gesetz des Handelns selbst in die Hand nehmen. "Signale sind genügend gesetzt."

Die Bergleute wissen, wie sehr sich die Herren der Ruhrkohle AG zur Wehr setzen. Sie wissen auch, daß es ohne den Streik im September nicht zu dem vorgezogenen und schnellen Tarifabschluß gekommen wäre. Leider wurde mit knapper Mehrheit der Initiativantrag abgelehnt und das Anliegen auf den Beginn des nächsten Jahres, spätestens auf den April 1970, vertagt.

E. H.

## NPD verbieten

Der Öffentlichkeit ist nicht verborgen geblieben, daß in der Regierungserklärung der SPD/FDP-Regierung mit keinem Wort das Verbot der neonazistischen NPD erwähnt wurde. Das aber hatten die Wähler zweifellos nach den Massenaktionen gegen die Wahlveranstaltungen der NPD erwartet. Es kann nicht im Interesse der Demokratie liegen, wenn sich die Bundesregierung wie auch die Regierungs-Parteien mit der Feststellung zufrieden geben, es sei ein Erfolg für die Demokratie, daß der NPD der Eintritt in den Bundestag verwehrt worden sei. Jetzt kommt es darauf an, diese Partei durch ein Verbot aus der bundesdeutschen Politik auszuschalten.

Nun bestehen aber, nach den Erklärungen des neuen Innenministers, berechtigte Zweifel, ob sich die Regierung zu diesem Schritt entschließen wird. Innenminister Genscher hat sich in Essen vor Journalisten gegen ein Verbot der NPD ausgesprochen und diese Erklärung wiegt um so schwerer, als Genscher der zuständige Minister für einen Verbotsantrag ist.

Die Erklärung Genschers wie auch der völlige Mangel an Entschlußfreudigkeit in bezug auf ein NPD-Verbot beim Bundeskanzler Brandt, müssen zweifellos die NPD ermuntern, ihr politisches Treiben fortzusetzen. Zwar wurde ihr auf Druck breiter Bevölkerungsschichten die Abhaltung ihres Bundesparteitages in Saarbrücken unmöglich gemacht, aber schon bereitet sie sich auf einen neuen Versuch im Frühjahr nächsten Jahres vor.

**Das passive Verhalten der Bundesregierung steht auch im Gegensatz zu den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der sie erneut erachtet hat, alle Möglichkeiten für ein Verbot der NPD zu prüfen. Dabei erinnert der DGB an den Appell des 8. DGB-Bundeskongresses an die Bundesregierung, unverzüglich beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der NPD zu beantragen.**

Aber nicht nur die Gewerkschaften, die zu einem großen Teil dazu beigetragen haben, den Einzug der NPD in den Bundestag zu verhindern, auch die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei haben sich wiederholt und mit Nachdruck für die Ausschaltung der neonazistischen Thadden-Partei aus der bundesdeutschen Politik eingesetzt. Die Regierung Brandt ist dringend daran erinnert, daß die NPD in der Bundesrepublik eine aktuelle Gefahr für den Frieden und die Demokratie bleibt. Konnte man von der CDU/CSU unter Kiesinger und Strauß auf Grund ihrer eigenen rechten Position das NPD-Verbot kaum erwarten, so wird sich die neue SPD-geführte Regierung dem nicht entziehen können.

- eg -

## Rationalisierung im Bergbau

Die Mechanisierung der Kohlegewinnung hat, besonders in den europäischen Steinkohlenrevieren einen Höchststand erreicht. Lange Jahre ließ die Mechanisierung des Bergbaus in Europa, und nicht zuletzt auch im Ruhrgebiet, wegen der ungünstigen geologischen Verhältnisse auf sich warten.

Heute werden in den Zechen Untertageleistungen von 3000 kg je Mann und Schicht und darüber erreicht. Im Bergbau der Bundesrepublik betrug beispielsweise die Untertageleistung 1968 je Mann und Schicht im Durchschnitt 3526 kg. Vor dem letzten Weltkrieg galten dagegen Leistungen von 2000 kg schon als hervorragend. Gewiß werden diese hohen Leistungen dadurch unterstützt, daß seit 1957 in der Bundesrepublik 63 große Schachtanlagen neben vielen kleinen und kleinsten Gruben stillgelegt wurden und nur im Sinne des kapitalistischen Profits rentable Gruben weiter im Betrieb blieben. Aber zum erheblichen Teil resultiert die enorme Untertageschichtleistung, trotz sinkender Belegschaftszahlen, aus der durch die Mechanisierung immer mehr angespannten Arbeitsintensität der Bergleute.

Seit Oktober 1960 werden in der Bundesrepublik fast 90 Prozent der gesamten Kohleförderung vollmechanisch gewonnen. Aber das darf nicht dazu verleiten, die physische Leistung der Bergleute zu übersehen. Immer noch muß Untertage der größere Teil aller

Verrichtungen in harter, manueller Arbeit geschehen. Beispielsweise beträgt der Anteil des mechanisierten Strebbausbaus — ohne gebirgsstützenden Ausbau kann Kohle nicht gewonnen werden — in den Abbaubetrieben des Ruhrgebietes noch keine 20 Prozent.

Das heißt, daß die steigende Mechanisierung im Streb die Arbeit des Bergmannes nicht leichter gemacht hat. Im Gegenteil: Höhere Schichtleistungen können trotz Mechanisierung zu einem erheblichen Teil nur durch vermehrte Anstrengungen der Belegschaften erzielt werden. Produktivitätsgewinne der Steinkohlenzechen sind immer neue Arbeitsrekorde der einfahrenden Kumpels.

### Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft

In allen sechs EWG-Ländern ist in den letzten zehn Jahren von 1959 bis 1968, neuesten statistischen Angaben zufolge, der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen erheblich zurückgegangen. In der Bundesrepublik betrug der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen 1959 noch 14,6 Prozent, 1968 jedoch nur 10 Prozent; in Frankreich sank er von 22,9 Prozent auf 15,6 Prozent; in Italien von 32,4 auf 21,8 Prozent; in Belgien von 6,8 auf 5,4 Prozent und in Luxemburg von 13,7 auf 12,2 Prozent.

# ÖTV-Mitbestimmungsmodelle

## Drei Vorschläge für die öffentlichen Unternehmen Interessante Ansatzpunkte für die Diskussion

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat sich vorgenommen, eine Lücke in der Mitbestimmungskonzeption des DGB zu schließen: Zu diesem Zweck legte sie Mitte November drei Modelle zur Einführung der Mitbestimmung in den Einrichtungen des öffentlichen Dienstes vor. Diese Modelle, die Diskussionsgrundlagen sind, erstrecken sich auf Sparkassen und Bau-sparkassen, auf Sozialversicherungsträger sowie auf kommunale Eigen- und Zweckverbandsbetriebe. Mit einem solchen Betrieb, der „Versorgung und Verkehr Kiel GmbH“, hat die Gewerkschaft ÖTV bereits einige Wochen vorher einen Vertrag über die Einführung der Mitbestimmung abgeschlossen.

Die Gewerkschaft erwartet, daß die Diskussion über ihre Modelle in etwa einem halben Jahr abgeschlossen ist. Dann will sie an die Realisierung ihrer Mitbestimmungsvorstellungen im öffentlichen Dienst gehen. Wie Sprecher des Hauptvorstandes gegenüber der Presse erklärten, denkt die Gewerkschaft ÖTV nicht an eine Aussetzung ihrer Mitbestimmungsfordernungen für die kommenden vier Jahre. Sie werde diese Forderung weiterhin an das Parlament richten. Aber dieser Weg sei nicht der alleinige. Gleichzeitig werde die Gewerkschaft ÖTV versuchen, ihre Mitbestimmungsvorstellungen über Tarifverträge zu verwirklichen. Entsprechende Erfolge in Kiel und Verhandlungen in Hamburg seien dafür Beispiele.

Das erste Mitbestimmungsmodell, das in kommunalen Eigen- und Zweckverbandsbetrieben Anwendung finden soll, sieht die Bildung eines Verwaltungsrats in solchen Unternehmungen vor, der zu gleichen Teilen von Vertretern der Beschäftigten und der Verwaltungskörperschaft besetzt werden soll. Zusätzlich soll der Oberbürgermeister oder sein Vertreter als Vorsitzender in den Verwaltungsrat hineingenommen werden. Wenn zwei der drei Kriterien — 2000 Beschäftigte, 150 Millionen DM Jahresumsatz und 75 Millionen DM Bilanzsumme — zu treffen, soll die Mitbestimmung eingeführt werden.

In kleineren kommunalen Betrieben, zwischen 500 und 2000 Beschäftigten, ist an die Besetzung des Verwaltungsrats nach dem Vorbild des Betriebsverfassungsgesetzes gedacht, wonach die Vertreter der Beschäftigten nur ein Drittel stellen. In Betrieben mit 100 bis 500 Beschäftigten sollen diese durch zwei Mitglieder des Personalrats im Verwaltungsrat vertreten sein. Nach Meinung der Gewerkschaft ÖTV soll der so besetzte Verwaltungsrat in folgenden personellen und wirtschaftlichen Fragen Mitbestimmungsrechte erhalten: Bei der Besetzung der Werksleitung, der Aufstellung des Wirtschaftsplans, der Aus- und Umgestaltung oder Auflösung des kommunalen Eigen- oder Zweckbetriebes, der

Beschlußfassung über den Finanzplan, Festsetzung der allgemeinen Tarife, der Verfügung über Vermögensgegenstände usw. Allerdings soll die letzte Entscheidung beim Gemeindeparkament liegen. Die Gewerkschaft würde es aber vorziehen, wenn der Verwaltungsrat vom Gemeindeparkament ein grundsätzliches Beschlußrecht erhält.

Das Mitbestimmungsmodell für Sparkassen und Bausparkassen unterscheidet zwischen zwei Kategorien: Kassen mit mehr als 500 Beschäftigten erhalten einen paritätisch besetzten Verwaltungsrat und solche mit weniger als 500 Beschäftigten können die Parität dadurch aufheben, daß auf der Arbeitgeberseite zusätzliche Mitglieder wie der Landrat und andere hinzugezählt werden. Nach Abstimmung mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen will die Gewerkschaft ÖTV auch für die Landesbanken, die Bundesbank und die Girozentralen ein entsprechendes Modell entwickeln.

Ein weiteres Modell ist von der ÖTV-Gewerkschaft für die Sozialversicherungsträger entwickelt worden. So soll für die Mitbestimmung ein neues Organ mit dem Namen Personalausschuß neben die bereits bestehenden Selbstverwaltungsorgane treten. Im Personalausschuß sollen paritätisch Vertreter der Beschäftigten und der Selbstverwaltungsorgane präsent sein. Als Aufgaben des Personalausschusses wird u. a. die Mitbestimmung bei allen personalwirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Beschäftigten und bei der Bestellung der Geschäftsführung genannt. Ein entsprechendes Modell soll auch in Abstimmung mit der Gewerkschaft HBV und dem DGB für die Ersatzkassen gefunden werden.

Diese Vorschläge für die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wurden, wie es in einer Verlautbarung der ÖTV-Gewerkschaft heißt, in einer Arbeitsgruppe erstellt, der außer Gewerkschaftern auch Vertreter der öffentlichen Arbeitgeber und der Kirchen angehören. Den Vorständen der bezeichneten öffentlichen Unternehmen

soll nach dem Vorbild des Arbeitsdirektors in der Montanindustrie ein Mitglied angehören, das für Personal- und Sozialangelegenheiten zuständig ist.

An den Mitbestimmungsmodellen fällt auf, daß die paritätische Besetzung der Mitbestimmungsgremien nicht konsequent durchgehalten wird. Wo nicht von Anfang an eine Minderheit für die Vertreter der Beschäftigten vorgesehen ist, wird sie schließlich, wie bei den kommunalen Eigen- und Zweckbetrieben, durch die Hinzunahme des Oberbürgermeisters oder dessen Stellvertreters herbeigeführt. Ein Mangel ist auch, daß die großen Kommunalbetriebe in der Rechtsform einer AG und GmbH aus diesen Mitbestimmungsmodellen ausgeklammert wurden. So haben beispielsweise die in Kommunalbesitz befindlichen Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) rund 6000 Beschäftigte, die nicht in den Genuß erweiterter Mitbestimmungsrechte kämen.

Im Unterschied zum DGB-Entwurf für ein Mitbestimmungsgesetz sieht der ÖTV-Vorschlag die Wahl aller Arbeitnehmervertreter durch die Belegschaft vor. Der DGB hatte empfohlen, einen Teil dieser Vertreter durch die Gewerkschaft zu benennen.

Die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaft ÖTV ist ohne Zweifel zu begrüßen, zumal sie damit erstmals Wege gezeigt hat, wie auch der in der Struktur von der übrigen Wirtschaft erheblich abweichende Bereich des öffentlichen Dienstes von der notwendigen Demokratisierung erfaßt werden kann. Es wird eine intensive Beschäftigung mit diesen Vorschlägen erforderlich sein, um die bestmögliche Vertretung der Arbeitnehmerinteressen sicherzustellen. So wird es z. B. insbesondere darum gehen, wie Konkurrenzrechte in echte Mitentscheidungsrechte verwandelt werden können. Um ein Beispiel zu nennen: Die Unterrichtung des Personalrats über bevorstehende Entlassungen oder Umsetzungen reicht nicht aus; er muß mit solchen Rechten ausgestattet sein, daß er diese Maßnahmen blockieren kann, wenn er sie für unverantwortlich hält.

Eine Frage ist auch, ob dem notwendigen Einfluß der Gewerkschaften in den Mitbestimmungsgremien sowie den Betrieben und Büros des öffentlichen Dienstes Genüge getan wird, wenn die Arbeitnehmerorganisationen lediglich das Vorschlagsrecht für die Entscheidung der Beschäftigtenvertreter in die Organe erhalten. Es ist denkbar, daß dadurch die Zersplitterung durch immer neue Vorschlagslisten von verschiedenen Seiten bei den Wahlen in die Mitbestimmungsgremien gefährliche Ausmaße annehmen könnte. Aber das alles sind Fragen, die es in der Diskussion, zu der die Gewerkschaft ÖTV aufgefordert hat, zu klären gilt.

# Gesellen fordern ihre Rechte

## 13. Bundeshandwerkertagung des DGB in Bremen Das Handwerk — eine wirtschaftliche Größe

Der 13. Bundeshandwerkertag des DGB Ende November in Bremen hat sich besonders mit der fehlenden Mitbestimmung im Handwerk beschäftigt. Es war bemerkenswert, daß auf dieser Tagung der DGB-Vorsitzende Vetter noch einmal den Standpunkt der Gewerkschaften zur Mitbestimmung als eine wichtige gesellschaftspolitische Forderung unserer Zeit darlegte. Mit Nachdruck stellte er vor den 250 Delegierten u. a. fest, daß es in dieser Frage kein Stillhalteabkommen zwischen Gewerkschaften und der jetzigen Bundesregierung gebe.

Als gewerkschaftspolitisches Ergebnis des 13. Bundeshandwerkertages wurde festgestellt, daß sich der DGB darum zu bemühen habe, noch vor einer gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung zu erreichen, daß in allen regionalen Zusammenschlüssen der handwerklichen Selbstverwaltung Vertreter der Arbeitnehmer im Interesse der Handwerkergesellen gleichberechtigt mitwirken können. Außerdem müsse das Berufs- und Ausbildungssystem modernisiert und besonders die Qualität der Lehrlingsausbildung in den Handwerksbetrieben verbessert werden.

Noch immer fehlen, so stellte der DGB-Handwerkertag fest, vor allen Dingen in den Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks Einrichtungen als Voraussetzung für eine gute Ausbildung der Lehrlinge. Ferner sollen nach den Vorstellungen der Gewerkschaften die Berufsschule verbessert und die Mängel des Berufsbildungsgesetzes hinsichtlich der Wirksamkeit dieses Gesetzes auf das Handwerk beseitigt werden. Schließlich forderten die Delegierten bessere Möglichkeiten für die Vertreter der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen, sich für ihre Aufgaben zu qualifizieren.

Das Handwerk in der Bundesrepublik hat sich der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung überraschend gut angepaßt. Gewiß befindet sich das Handwerk immer noch in einem Strukturwandel, der für viele Betriebe nicht ohne Schwierigkeiten geblieben ist. Im ganzen gesehen hat sich jedoch im Handwerk bei abnehmender Zahl der Betriebe, aber zunehmender Betriebsgröße und Beschäftigungszahl, die Produktivität erhöht und die Leistungsfähigkeit ist bemerkenswert gewachsen.

Die Gründe hierfür sind einmal die bessere maschinelle Ausstattung und die Modernisierung der Arbeitsmethoden, wie auch die wachsende Spezialisierung der Betriebe. Nicht zuletzt aber ist die Leistungsfähigkeit der Handwerksbetriebe auf die steigende Arbeitsintensität der Beschäftigten im Handwerk, zum größten Teil nicht mehr Handwerksgesellen mit Gesellenbrief, sondern Angelernte und Hilfsarbeiter, zurückzuführen.

Das Handwerk ist ein durchaus ernstzunehmender Faktor in der bundesdeutschen Wirtschaft. Zur Zeit sind mehr als 4 Millionen Arbeitnehmer in 680 000 Handwerksbetrieben beschäftigt und der Gesamtumsatz betrug im vergangenen Jahr mehr als 130 Milliarden DM. Auch in diesem Jahr hat das Handwerk in der Bundesrepublik im Konjunkturaufschwung durchaus mit der Industrie Schritt halten können. Der Umsatz der Handwerksmeister war in den ersten sechs Monaten 1969 um 20 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit und betrug rund 56 Milliarden DM.

Es ist aber nicht allein der beachtliche Umsatz und die Zahl der Beschäftigten, die dem Handwerk eine besondere Bedeutung verleihen. Hinzu kommt, daß heute immer noch eine große Anzahl junger Menschen als

Lehrlinge in den Handwerksbetrieben ausgebildet wird. So werden von den 40 000 Lehrlingen im Metallgewerbe rund 53 Prozent in Handwerksbetrieben ausgebildet. In der Holzwirtschaft bzw. im Holzhandwerk betrug der Prozentsatz 92,2 Prozent, in der Bauwirtschaft 82,8 Prozent und im Nahrungsmittelgewerbe fast 95 Prozent, um nur einige Zahlen zu nennen.

Daß hier eine große Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften liegt, ist nur zu verständlich. Ganz besonders aber darum, weil im Handwerk von einer gleichberechtigten Mitbestimmung mit den Handwerksmeistern wirklich keine Rede sein kann. Zwar wurde noch in der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages mit dem „Gesetz zur Ordnung des Handwerks“ der Versuch gemacht, den Arbeitnehmern in den Selbstverwaltungsinstitutionen des Handwerks ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen, aber von der Verwirklichung demokratischer Prinzipien konnte keineswegs die Rede sein.

In den Selbstverwaltungsgremien steht den Handwerksgesellen eine Zweidrittelmehrheit der Handwerksmeister gegenüber. Seit Jahren bemüht sich der Deutsche Gewerkschaftsbund durch eine Änderung der Handwerksordnung eine wirksame Mitbestimmung zu erreichen, wobei allerdings die Frage offenbleibt, ob das immer mit dem notwendigen Nachdruck geschehen ist.

H. S.

## Autoarbeiter rücken zusammen

Eine Konferenz europäischer Automobilarbeiter wurde am 4. und 5. Dezember 1969 vom Internationalen Metallarbeiterbund (IMB) in Paris durchgeführt. Es war die erste Konferenz dieser Art, die sich speziell mit Problemen und Forderungen der Beschäftigten in der Automobilindustrie befaßte. 98 Delegierte und Beobachter vertraten 19 nationale Gewerkschaften in 14 Ländern: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien und Türkei. In diesen Ländern gibt es nahezu zwei Millionen Beschäftigte, die in der Autoproduktion arbeiten.

Eine besonders gefährliche Erscheinung in der europäischen Automobilindustrie ist die Konzentration und das Eindringen der US-amerikanischen Autokonzerne. In der am Schluß der Konferenz veröffentlichten Erklärung heißt es: „Schon heute kontrollieren die drei amerikanischen Gesellschaften Ford, General Motors und Chrysler

und die vier europäischen Großunternehmen Fiat, Volkswagen, BLMC und Renault mit ihren Konzern- und Zweigesellschaften fast 90 Prozent der europäischen Kraftfahrzeugproduktion.“ Diese Machtzentrale schreite schnell fort und stelle eine Herausforderung aller Arbeitnehmer dar.

Die Konferenz appelliert an den IMB und seine Mitgliedsorganisationen, folgende tarifpolitische Forderungen vordringlich durchzusetzen: 40-Stunden-Woche, Rationalisierungsschutz, gleiche Rechte für weibliche Arbeitskräfte, Einführung und Sicherung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb. Unmittelbar danach rangieren: garantierter Jahreslohn, Harmonisierung von Pausen und Springerzeiten, Mitbestimmung bei der Bandgeschwindigkeit, längerer Urlaub mit zusätzlichem Urlaubsgeld, bessere Pensionsregelungen, bessere Berufsausbildung, bezahlter Bildungsurkunft und Schutz für ältere Arbeitnehmer.

# Kein echtes „Tauschgeschäft“

## Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung gestrichen Aber kein Überbrückungsgeld — Sozialpolitik korrigieren

Die Hoffnung der Rentner in der Bundesrepublik auf die Zahlung eines Überbrückungs- oder Weihnachtsgeldes hat sich nicht erfüllt. Der Vorschlag des neuen Bundesarbeitsministers Arendt wurde vom Gesamtkabinett abgelehnt. Dabei kann es über die Berechtigung dieser Forderung keinen Zweifel geben. Statt dessen wurde der Fortfall des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner beschlossen.

Wenn — durchaus zu Recht — den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, vom Pförtner angefangen bis zum Ministerialbeamten mit mehreren tausend Mark Monatsgehalt, als Ausgleich für die rapide steigenden Lebenshaltungskosten eine Überbrückungszahlung von 300 DM bewilligt worden ist, dann wäre die einmalige Beihilfe nach dem Vorschlag des Bundesarbeitsministers ein Akt sozialer Gerechtigkeit gewesen. Gerade die Rentenhaushalte sind von den Preis- und Mietsteigerungen der letzten Monate am härtesten betroffen und mehr als die Hälfte aller Versichertenrenten und über 70 Prozent aller Witwenrenten betragen im Monat noch nicht einmal 300 DM.

Die Aufhebung des Krankenversicherungsbeitrages von 2 Prozent ab 1. Januar 1970 als Ausgleich für die Ablehnung des Überbrückungsbetrages ist zwar ein erfreuliches Ergebnis der Auseinandersetzungen um die Überbrückungszulage. Andererseits jedoch darf man nicht übersehen, daß die 6,35prozentige Erhöhung der Sozialrenten zum 1. Januar nächsten Jahres schon erheblich durch die Preisinflation geschmälert wird. Anlaß, dieses „Tauschgeschäft“ als einen besonderen Erfolg anzusehen, besteht also nicht.

Es stimmt nicht, wenn offizielle Bonner Stellen es so darstellen, als bringe der Wegfall des Krankenversicherungsbeitrages den Rentnern mehr ein, als die einmalige Überbrückungszulage. Zunächst wird bei den amtlich veröffentlichten Zahlen — 792 Millionen DM Mehrzahlung an die Rentner im Jahre 1970 durch die Aufhebung des Krankenversicherungsbeitrages bzw. 450 Millionen DM für die Überbrückungszahlung — davon ausgegangen, daß die Überbrückungszahlung nur 50 DM und nicht, wie auch vom DGB gefordert wurde, 100 DM betragen soll. Und zum anderen war die Aufhebung des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner ein Programmpunkt in der sozialdemokratischen Wahlpropaganda. Die Rentner hätten also billigerweise sowieso damit rechnen können, daß die Regierung Brandt dieses Wahlversprechen auch einhält.

Günstig ist aber die von der Bundesregierung getroffene Entscheidung auf

jeden Fall für die Bundesfinanzen. Während die Überbrückungszahlung aus den Mitteln der Bundeskasse gezahlt werden müßte, geht der Wegfall des Krankenversicherungsbeitrages zu Lasten der Rentenversicherung. Allerdings kann die Rentenversicherung diese Mehrbelastung, ohne in Schwierigkeiten zu geraten, tragen. Für 1969 war eine Steigerung der Beitragseinnahmen um 7 Prozent vorausgeschätzt worden. Voraussichtlich werden jedoch die Beitragseinnahmen um 9,9 Prozent steigen. Für 1970 wurde mit einer Erhöhung von 5,5 Prozent gerechnet, während man jetzt eine 10prozentige Steigerung annehmen kann.

Aber auch die Bundeskasse, die auf Grund der erheblich gestiegenen Steuereinnahmen prall gefüllt ist, hätte die Überbrückungszulage an die Rentner ohne Schwierigkeit verkraften können. Es muß bei den Rentnern auf Unverständnis stoßen, wenn Wirtschaftsminister Schiller in der Zahlung des Überbrückungsgeldes eine Gefährdung der Stabilität unserer Wirtschaft und Finanzen sieht.

Die Ablehnung des Überbrückungsgeldes für Rentner war gewiß kein Beweis dafür, daß der Regierungswechsel in Bonn auch zu einer sozialen Politik führen wird. Mit der, wie es scheint, noch nicht einmal ganz freiwillig erfolgten Beseitigung des Rentnerbeitrages zur Krankenversicherung und der zunächst nur in Aussicht gestellten „flexiblen Altersgrenze“, über die es bis jetzt im Regierungslager keine konkrete Vorstellung gibt, ist nur ein sehr bescheidener Anfang für eine fortschrittliche Sozialpolitik gemacht worden.

Die Erfüllung grundlegender Forderungen, wie die Erhöhung der Bundeszuschüsse zu den Ausgaben der Rentenversicherung bis auf ein Drittel, die Steigerung des Altersruhegelds auf 75 Prozent des Arbeitsverdienstes, die Senkung der Altersgrenze und Reduzierung der in den letzten Jahren erfolgten Beitragserhöhungen für Arbeiter und Angestellte, ist auch jetzt nicht möglich, ohne einen wesentlichen Abbau der Rüstungsausgaben und eine sozialere Steuerprogression.

Davon war leider auch in der Regierungserklärung Willy Brandts nichts zu hören. Eine umfassende Verbesserung sozialer Rechte und Leistungen erfordert einen grundsätzlichen Wandel in der Gesamtpolitik, den Bruch mit der sozialreaktionären CDU/CSU-Politik und nicht die „Kontinuität“ dieser Politik.

A. B.

## IBFG protestiert gegen Folterungen in Spanien

In einer umfangreichen Dokumentation legte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) kürzlich neues Beweismaterial über Folterungen und unmenschliche Torturen an politischen und gewerkschaftlichen Häftlingen in Spanien vor. Das Material enthält genaue, von Betroffenen und Zeugen unterschriebene Schilderungen der Foltermethoden bei der Verhaftung bzw. bei Verhören von politisch unbequemen Arbeitern, Gewerkschaftern, Studenten und Geistlichen im faschistischen Spanien.

In einer Erklärung des IBFG heißt es dazu, diese Brutalitäten stünden im Widerspruch zu einer Versicherung der spanischen Behörden gegenüber einer Studiengruppe der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), wonach die Mißhandlung von Häftlingen nicht im Sinne der offiziellen Politik Spaniens sei und unter schwerer Strafandrohung stehe. Die Studiengruppe hatte im März dieses Jahres Spanien besucht. Wie der IBFG erklärt, sei die Folterung der Häftlinge, entsprechend den Zeugenaussagen und vorliegenden Berichten, auch während des Besuches der IAO-Mission in Spanien und danach vorgenommen worden.

In einem Schreiben an den spanischen Justizminister und an den Generalstaatsanwalt protestierte der Generalsekretär des IBFG, Harm G. Buiter, gegen die unmenschliche Behandlung der aus Gründen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit verhafteten Spanier und verlangte die unverzügliche Einleitung eines Ermittlungsverfahrens sowie die Bestrafung der Schuldigen und die Wahrung der Menschenrechte der Häftlinge. Wie der IBFG mitteilt, ist seit September, dem Monat der Übermittlung dieses Schreibens an die spanischen Behörden, von irgendwelchen Maßnahmen zur Abstellung der Mißhandlungen und zum Schutze der Gefangenen nichts bekannt geworden.

Der IBFG sieht sich darum genötigt, „vor der Weltöffentlichkeit die brutale Unterdrückung der Menschenrechte und die von den spanischen Behörden gedeckte Mißhandlung von Gefangenen in spanischen Gefängnissen anzuprangern“.

**Aharon Becker**, Generalsekretär des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut, besuchte am 20. November 1969 den Bundesvorstand des DGB in Düsseldorf. Becker weilte zum ersten Mal in der Bundesrepublik.

**Karl van Berk**, 2. Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, wurde Anfang November in Luxemburg einstimmig zum Präsidenten des Beratenden Ausschusses der Montanunion gewählt. Dem Ausschuß, dem van Berk seit 1964 angehört, gehören Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmer und der Verbraucher aus den sechs EWG-Ländern an. van Berk war jahrelang Vorsitzender des Ausschusses für Arbeitsfragen.

**Rudolf Cacinovic**, Botschafter Jugoslawiens in der Bundesrepublik, wurde Anfang November vom DGB-Vorsitzenden Vetter in Düsseldorf empfangen. Gegenstand der Unterredung waren die Betreuung der in der Bundesrepublik tätigen jugoslawischen Arbeiter und die Reise einer DGB-Studiendelegation Ende November nach Jugoslawien.

**Alfred Christmann**, stellvertretender Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, wurde vom neuen Bundesarbeitsministers Walter Arendt in dessen Ministerium berufen. Christmann soll für die Abteilung für volkswirtschaftliche Grundsatzaufgaben der Sozialpolitik, für das Sozialbudget und die elektronische Datenverarbeitung zuständig sein.

**Willi Coprian**, Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Metall“, ist am 24. November vor Vollendung seines 63. Lebensjahres gestorben. Coprian hatte der Redaktion des IG-Metall-Organs seit mehr als 20 Jahren angehört.

**Gustav Fehrenbach**, bislang 3. Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, wurde vom Bundesvorstand der DPG am 21. November zum 2. Gewerkschaftsvorsitzenden bestimmt. Fehrenbach übernahm damit die Funktion des als parlamentarischer Staatssekretär in das Verkehrsministerium übergewechselten **Kurt Gscheidle**. Er gehört der CSU an. Für Fehrenbach rückte **Heinz Esders** in das Amt des 3. Vorsitzenden auf.

**Dr. Heinz Gester**, Justitiar des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist am 25. November vom nordrhein-westfälischen Landtag zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungsgerichtshofes des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt worden.

**Olaf Radke**, seit 1948 Mitarbeiter beim Vorstand der IG Metall, wurde am 18. November in Kassel vom Beirat der IG Metall zum geschäftsführen-

# Deutscher Fürsorgetag 1969

**Rund 3,5 Millionen Menschen empfangen Fürsorge  
Viel Armut in der reichen Bundesrepublik**

Mit einer breiten Palette sozialer Notstände befaßte sich kürzlich in Essen der Deutsche Fürsorgetag 1969. Veranstalter dieser Tagung, die alle zwei Jahre durchgeführt wird, war der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge“. Dieser Verein beschäftigt sich mit allen in der Bundesrepublik bestehenden Einrichtungen und Bestrebungen in der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe. Mitglieder sind der Bund, die Länder und Kommunen sowie Wohlfahrtsverbände und auch Einzelpersonen.

Die soziale Fürsorge in der Bundesrepublik ist ein weites Feld. Der Umstand, daß viele Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, zeigt, daß der Notstand in der Bundesrepublik weitaus größer ist, als die offizielle Schönfärberei zugibt. Nach dem Statistischen Jahrbuch 1967 belief sich die Anzahl derer, die auf Sozialhilfe angewiesen waren, auf 1,4 Millionen Erwachsene, von denen 760 000 laufend Unterstützung erhielten.

Zur gleichen Zeit wurden 1,7 Millionen Kinder und Jugendliche betreut. Dazu kamen noch 300 000 Bedürftige aus der Kriegsopferfürsorge. 1965 waren insgesamt rund 3,4 Millionen Menschen in der Bundesrepublik genötigt, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, für die der Staat 2,22 Milliarden DM zur Verfügung stellte. Wenn man bedenkt, daß viele Bedürftige auf Sozialhilfe und Fürsorge verzichten, weil ihr noch immer der Geruch der Armenpflege anhaftet, dann kann man den Umfang von Armut ermessen, der in der reichen Bundesrepublik noch vorhanden ist.

Zur Eröffnung des Deutschen Fürsorgetags wurden drei Referate gehalten. Zunächst sprach Minister Dr. Neuburger aus Nordrhein-Westfalen, der sich mit der Frage beschäftigte, wo die Bundesrepublik als sozialer Rechtsstaat stehe und wie weit Verfassungsbestimmungen und Verfassungswirklichkeit übereinstimmen. Dabei machte er das Eingeständnis, daß es in der Bundesrepublik noch „echte soziale Notstände“ gebe. Auch Bundespräsident Dr. Heinemann sprach in einer Begrüßung an den Fürsorgetag davon.

den Vorstandsmitglied der Gewerkschaft gewählt. Radke übernimmt als Nachfolger von **Gerd Muhr** die Sachgebiete Sozialpolitik und Arbeitsrecht. Radke, der als Politiker im linken Flügel der hessischen SPD gilt, wurde 1922 geboren. Bei der kürzlichen Neubildung der hessischen Landesregierung war er demonstrativ nicht berücksichtigt worden.

daß ihn eine Fülle von Zuschriften Sozialbedrängter erreiche.

Dagegen lobte der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Dr. König, das Bundessozialhilfegesetz, nach dem nun die sozialen Hilfen nicht mehr im Ermessen der Ämter liegen. Finanzfragen behandelte der CDU-Innenminister von Schleswig-Holstein, Dr. Schlegelberger. Er wagte die erstaunliche Behauptung, daß in der Bundesrepublik der „soziale Rechtsstaat am überzeugendsten erfüllt“ sei. Zugleich aber mußte er zugeben, daß die Möglichkeiten individueller Hilfen sich nur „schwach“ entwickeln könnten. Durch das Finanzänderungsgesetz, so führte er weiter aus, sollen den Kommunen 1970 rund 1,5 Milliarden DM mehr zufließen als 1969, die aber weitgehend durch die Lohn- und Gehalts erhöhung im öffentlichen Dienst aufgezehrt werde, so daß für eine bessere Sozialleistung keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stünden.

In den Arbeitsgruppen wurde viel Richtiges gesagt und gefordert, aber auch manche Phrasen dahergeredet. Erwähnenswert sind die Vorschläge auf Einführung eines sogenannten Muttergeldes für Mütter mit Kindern unter drei Jahren und eines Karenzurlaubs von 18 Monaten für Mütter nach der Entbindung. Alleinstehende alte Frauen seien die wirklich armen in unserem Lande, wurde in einer Arbeitsgruppe festgestellt. Gleichzeitig wurde eine Hausfrauenrente gefordert und bei Kleinrentrenten für Männer und Frauen die Erhöhung der Rente auf den Regelsatz der Sozialhilfe vorgeschlagen.

Eine weitere Arbeitsgruppe befaßte sich mit der Planung der Sozialarbeit im kommunalen Bereich und kam zu dem Ergebnis, Sozialplanung habe davon auszugehen, daß die sozialen Probleme mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht linear, sondern progressiv wachsen. Im allgemeinen vermittelten die Diskussionen den Eindruck, daß der „soziale Rechtsstaat“ des CDU-Ministers Schlegelberger sich noch längst nicht erfüllt hat und der soziale Standard in der Bundesrepublik eher noch abgebaut wird.

# Wirtschaft im Kapitalismus

## Haupttendenzen der ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus an der Jahreswende 1969/70

Das Ende der sechziger Jahre war in den kapitalistischen Industrieländern durch zwei Haupttendenzen gekennzeichnet:

- Sie befanden sich ökonomisch fast durchweg in einer Phase der Hochkonjunktur. So betrug z. B. die Industrieproduktion der in der OECD zusammengefaßten kapitalistischen Ländern im ersten Halbjahr 1969 8,5 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit, ihr Warenexport war um 16 Prozent gestiegen. Diese Daten lagen wesentlich über den durchschnittlichen Zuwachsraten des Jahrzehnts von 1957—1967, die 5,2 bzw. 7,3 Prozent betragen hatten.
- Diese an der Oberfläche in Erscheinung tretenden günstigen Entwicklungsdaten verhüllen allerdings, daß es gleichzeitig erhebliche Verschärfungen und Zuspitzungen der ökonomischen Widersprüche und politischen Auseinandersetzungen gibt, die in enger Wechselbeziehung zueinander stehen und für den Beginn der siebziger Jahre immer mehr zu einer bestimmten Erscheinung werden.

In den USA werden gegenwärtig die ökonomischen Folgen der Globalstrategie und die Wirkungen der Vietnam-Aggression immer sichtbarer. Die starke Aufblähung des Rüstungshaushalts hat im Laufe des Jahres 1969 zu Preissteigerungen von 5 bis 6 Prozent geführt und die Regierung veranlaßt, verstärkte Bemühungen zur Eindämmung der Inflation zu unternehmen. Die unmittelbare Folge davon war, daß die konjunkturelle Entwicklung immer deutlicher die Tendenz zur Stagnation ausprägt und die Gefahr einer zyklischen Überproduktionskrise unmittelbar gegeben ist. Deutliche Anzeichen dafür sind die bereits zur Jahresmitte eingetretene Stagnation des Bruttosozialprodukts, erste Rückgänge der Industrieproduktion, steigende Arbeitslosigkeit und zurückgehende Auftragsbestände.

In der Bundesrepublik herrscht um die Jahreswende noch immer Hochkonjunktur mit der Gefahr einer Überhitzung der Boom-Tendenzen. So waren z. B. in den ersten acht Monaten des Jahres 1969 trotz einer Steigerung der Industrieproduktion um 14 Prozent die Auftragseingänge durchweg um rund 10 Prozent höher als die Umsätze. Obwohl Maßnahmen zur Mäßigung des Exportüberschusses getroffen wurden, ist die Waren- und Kapitalexportoffensive der Großunter-

nehmen — wenn auch mit leicht verminderten Zuwachsraten — fortgesetzt worden. Gleichzeitig zeigte aber der hektische Konjunkturausschlag nach oben — trotz dreimaliger Diskont erhöhung durch die Bundesbank — ein weiteres Ansteigen der Preise, das sich auch durch die DM-Aufwertung nicht veränderte.

In Großbritannien ist es der Labour-Regierung 1969 nicht gelungen, das jahrelang anvisierte Ziel einer Stabilisierung der ökonomischen Situation zu erreichen. Das industrielle Wachstumstempo war zwar schwach nach oben gerichtet, (rund 4 Prozent) gleichzeitig stiegen aber die Verbraucherpreise innerhalb Jahresfrist um mehr als 5 Prozent, und die Zahl der Arbeitslosen (550 000 bis 600 000) zeigt eine steigende Tendenz. Wenn sich insgesamt die wirtschaftliche Situation auch leicht verbessert hat und nach jahrelangen Defiziten 1969 erstmals ein Überschuß der Zahlungsbilanz erwartet wird, reicht er dennoch nicht einmal aus, um die Zinsen für die bisher aufgenommenen Kredite abzudecken.

In Frankreich wurde zwar am 8. August 1969 zur Festigung der ökonomischen Basis eine Abwertung des Franken verfügt und danach ein „Sanierungsplan“ zum Ausgleich des Staats haushalts und der Handelsbilanz verkündet. Zunächst einmal bewirken diese Maßnahmen, ebenso wie die im Oktober verfügte Erhöhung des Diskontsatzes auf 8 Prozent, wirtschaftliche Stagnation. Die für das erste Halbjahr 1969 veröffentlichten hohen Zuwachsraten der Industrieproduktion von 19 Prozent täuschen über die wahre Situation hinweg. Sie sind lediglich dadurch zu erklären, daß die Produktionsausfälle durch die Mai Streiks des Jahres 1968 aus den Vergleichszahlen nicht herausgerechnet werden können.

In Italien hat sich 1969 der konjunkturelle Aufschwung zwar fortgesetzt, jedoch wird die ökonomische Situation des Landes vor allem durch eine umfangreiche Kapitalflucht gekennzeichnet, die zu Defiziten der Zahlungsbilanz und zu einer starken Ver minderung der Währungsreserven geführt hat. Zu erklären ist diese Kapitalflucht nicht nur durch die für das Monopolkapital ungenügenden Ver wertungsbedingungen im Inland, sondern auch durch die Unsicherheit der innerpolitischen Entwicklung, die in der permanenten Regierungskrise und den Auseinandersetzungen innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei ihren Ausdruck findet.

In Japan hielt der bisher längste Konjunkturaufschwung der Nach kriegszeit unvermindert an, bei einer Produktionszunahme von rund 16 Prozent blieb das Tempo der inflationären Bewegung bei etwa 6 Prozent.

Im abgelaufenen Jahr hat sich dem nach in den wichtigsten kapitalistischen Ländern wieder ein stärker parallel laufender Phasenwechsel des Krisenzyklus ausgeprägt. Insgesamt zeigt sich demnach — mit Ausnahme Japans — eine Abflachung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung, nahezu überall ist der zyklische Höhepunkt überschritten worden und drängt in einigen Ländern, vor allem in den USA bereits im Zusammenhang mit staatsmonopolistischen Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation, zu Stagnation und Krise. Allerdings kann wohl kaum erwartet werden, daß das Jahr 1970 weltweite Krisenscheinungen bringen wird, da vor allem in Japan und auch in der Bundesrepublik die konjunkturellen Trieb kräfte stark genug sein dürften, um die aufwärts gerichtete Grundtendenz, wenn auch mit verminderter Tempo, fortzuführen zu lassen.

Auch im abgelaufenen Jahr stand die Krise des kapitalistischen Währungs systems im Zentrum der imperialistischen Widersprüche. Die zu ihrer Überwindung getroffenen Maßnahmen — die Abwertung des französischen Franken und die Aufwertung der D-Mark — haben zwar zu einer ersten Atempause geführt, gleichzeitig erschütterten sie jedoch erneut auf das schwerste die EWG; vor allem deren Paradeperfekt, der sogenannte gemeinsame Agrarmarkt, ist faktisch liquidiert worden.

Die gegenwärtigen Bemühungen, zu Kompromissen zu kommen, um wenigstens noch eine Konkurrenzmasse zu retten, muß unweigerlich zu neuen Auseinandersetzungen auf anderen Gebieten führen. Diese Erfahrung ist in den letzten Jahren bei derartigen EWG-Kompromissen stets gemacht worden.

Schließlich und nicht zuletzt war das Jahr 1969 auch durch das Anwachsen des Kampfes der Volksmassen gekennzeichnet. Sowohl in den großen kapitalistischen Ländern als auch in zahlreichen jungen Nationalstaaten und anderen Entwicklungsländern traf die Politik, den Werktäglichen die Früchte ihrer Arbeit vorzuenthalten und die Lasten der Expansionspolitik aufzubürden, auf wachsenden Wider stand. Das zeigte sich nicht nur in einem Anschwellen der Streiks um höhere Löhne und soziale Verbesserungen, sondern gerade in den Zentren des Kapitalismus auch in der immer stärker werdenden Bewegung gegen die imperialistische Kriegs- und Aggressionspolitik. Das dürfte in starkem Maße die Situation der entwickelten kapitalistischen Länder beim Übergang zu den siebziger Jahren prägen.

A. Medül

# Unzureichende Strukturpolitik

## Ruhrgebiet besonders stark krisenfällig 30 000 neue Arbeitsplätze reichen nicht aus

Die gegenwärtige Hochkonjunktur in der Bundesrepublik kann nicht die Tatsache verdecken, daß die Krisenfänglichkeit des Ruhrgebiets nicht überwunden ist. Denn nach wie vor beruht die Wirtschaft des Reviers im wesentlichen auf den traditionellen Branchen Kohle, Stahl und Investitionsgüter. Aber gerade diese Wirtschaftszweige haben sich in der Vergangenheit stets als äußerst krisenfällig erwiesen.

Selbst unter den Bedingungen des anhaltenden Booms gibt es unüberhörbare Warnzeichen, die auch von den professionellen Optimisten nicht wegdiskutiert werden können und der Öffentlichkeit signalisieren, wie notwendig strukturpolitische Maßnahmen im Revier sind. So gelangten unlängst die Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Krefeld und Münster in einem gemeinsamen Bericht zu der besorgniserregenden Feststellung: Brutto- lohnsumme, Arbeiterstunden und Umsätze der Industrie des Ruhrgebiets liegen weit unter dem Durchschnitt Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik.

Die Industrie- und Handelskammern verwiesen darauf, daß in den ersten vier Monaten 1969 die schon seit Jahren beobachtete strukturelle Wachstumsschwäche des Ruhrgebiets besonders hervorgetreten sei. „Dies ist um so überraschender, als die im Revier vorherrschende, konjunkturempfindliche Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie ein überdurchschnittliches Wachsen der Produktion hätte erwarten lassen. Dabei hat die Zahl der Arbeiterstunden im Ruhrgebiet in den ersten vier Monaten 1969 um 2 Prozent, in den übrigen Landesteilen jedoch um 6,2 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahrszeit zugenommen. Die industriellen Umsätze stiegen hier um 15,1 Prozent, im übrigen Nordrhein-Westfalen jedoch um 17,5 Prozent. Am größten war die Wachstumsdifferenz jedoch bei der als Indiz für die Veränderung der Kaufkraft der Bevölkerung wichtigen Lohnsumme der Industrie: die Lohnsumme hat an der Ruhr um 9,8 Prozent und damit um 5 Prozent weniger zugenommen als außerhalb des Reviers mit 14,8 Prozent.“

Das gleiche Bild ergibt sich aus der Umsatzentwicklung. Im Bereich der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie war der Anstieg geringer als im Landesdurchschnitt; insbesondere in der Investitionsgüterindustrie wuchs das Umsatzvolumen des Ruhrgebiets im ersten Quartal erheblich langsamer (+ 16,8 Prozent) als in den übrigen Landesteilen (+ 23 Prozent). Lediglich im Bergbau und bei den Nahrungs- und Genußmitteln war der — insgesamt jedoch nur relativ

schwache — Zuwachs im Frühjahr 1969 etwas höher als im übrigen Nordrhein-Westfalen.

Wo die neue Bundesregierung, aber auch das Düsseldorfer Kabinett des Sozialdemokraten Heinz Kühn, künftig die strukturpolitischen Hebel anzusetzen hat, zeigt u. a. der Bonner „Strukturbericht 69“. Danach ist an der Ruhr lediglich die Schaffung von rund 30 000 neuen Arbeitsplätzen vorgesehen. Eine viel zu geringe Zahl, wenn man die vorhandenen Arbeitslosen nimmt und bedenkt, daß der Bergbau, die Stahlindustrie und die Textilindustrie auch künftig Arbeitskräfte freisetzen werden. Insgesamt sollen mit Hilfe der 10prozentigen Prämie nach dem Kohleanpassungsgesetz, die der Steuerzahler aufzu bringen hat, Investitionen von rund 4,5 Milliarden DM gefördert werden. Das bedeutet bei den geplanten 30 000 neuen Arbeitsplätzen einen Kosten aufwand von 150 000 DM pro Arbeitsplatz.

Das Schwergewicht der vorgesehenen Investitionen an Rhein und Ruhr liegt mit 1,1 Milliarden DM in der Elektrizitätswirtschaft. Weitere 1 Milliarde DM entfallen auf die Eisen- und Stahlindustrie, 700 Millionen DM auf die chemische Industrie und 468 Millionen DM auf die NE-Metallindustrie. Sieht man einmal davon ab, daß der Staat die Stahlindustrie fördert, obwohl dort die wirtschaftlichen Zuwachsraten äußerst begrenzt sind und in diesem Bereich mit neuen Krisenscheinungen gerechnet werden muß, so kann man den übrigen Investitionsvorhaben bescheinigen, daß sie der Schaffung von zukunftsorientierten Wachstumsindustrien dienen. Nur reichen die bisher beschlossenen Förderungsmaßnahmen bei weitem nicht aus, um der einseitigen Wirtschaftsstruktur an der Ruhr eine gesunde und nach Möglichkeit auch weniger krisenfängliche Grundlage zu geben.

Die Ansiedlung von Industrien mit wirtschaftlicher Zukunft hat aber auch noch eine zweite Seite. Durch sie werden nämlich — gemessen an dem Kostenaufwand — nur relativ wenig neue Arbeitsplätze geschaffen. So sollen beispielsweise in der Chemie durch die staatlichen Investitionsanreize nur ganze 600 Arbeitsplätze entstehen. Dagegen werden auf den Han-

del 5271 und auf den Maschinenbau 4800 neue Arbeitsplätze entfallen.

Die Grundlage für eine echte Strukturpolitik zu schaffen, erscheint um so dringlicher, als das Ruhrgebiet noch immer eine überdurchschnittliche Erwerbslosenquote aufweist, die eine der sichtbaren Folgen der Krisenfänglichkeit ist. Betrug im August 1969 die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt 0,5 Prozent, so machte sie an der Ruhr immerhin noch 1,1 Prozent aus. Die Erwerbslosenquote in den großen Industriestädten betrug in Gelsenkirchen 1,9 Prozent, in Bochum und Recklinghausen jeweils 1,3 Prozent, in Essen und Oberhausen je 1,2 Prozent, in Dortmund und Duisburg jeweils 1,0 Prozent. Zugleich gab es im Ruhrgebiet insgesamt 78 000 offene Stellen, die nicht besetzt werden konnten.

Für diese paradoxe Situation gibt es nur eine Erklärung: die Unternehmer weigern sich beharrlich, ältere Arbeitnehmer einzustellen. Betroffen sind davon besonders Arbeiter und Angestellte über 55 Jahre, die gut drei Viertel der Erwerbslosen stellen. An diesem sozial wie volkswirtschaftlich unerträglichen Zustand hat sich bis

---

## Besser informiert durch NACHRICHTEN

---

heute nichts geändert, obwohl die Arbeitsämter nach dem Arbeitsförderungsgesetz bei der Vermittlung von älteren Arbeitnehmern den Unternehmern nicht unerhebliche Zuschüsse zahlen. Hier sollte der Staat, der den Konzernherren von Rhein und Ruhr allein durch das Kohleanpassungsgesetz 450 Millionen DM schenkt, darauf bestehen, daß zumindest die geförderten Betriebe zu einer gewissen Beschäftigungsquote verpflichtet werden.

Und noch etwas erwarten schließlich die Gewerkschafter von der neuen Bundesregierung: Wenn die Steuerzahler schon Milliarden-DM-Geschenke für die Konzerne zahlen, so sollen sie auch darüber mitentscheiden, was damit geschieht. Mit anderen Worten, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften müssen über Investitionen, Produktion und Gewinne mitbestimmen können, weil nur so die Gewähr dafür besteht, daß sich der Strukturwandel im Ruhrgebiet in sozial und volkswirtschaftlich notwendigem Rahmen vollzieht.

- ner.

# Terminkalender

# 5 DM Miete pro qm unsozial

## ■ 31. Januar

Tarifvertrag für die Arbeiter in der Druckindustrie läuft ab (bereits gekündigt).

## ■ 28. Februar

Gehaltstarifvertrag im privaten Bankgewerbe kündbar.

## ■ 31. März

Tarifverträge im privaten Versicherungsgewerbe und in der Landwirtschaft kündbar; ferner in einem Teil der chemischen Industrie, und zwar in Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz.

## ■ 30. April

Tarifverträge für die Beschäftigten des Bauhauptgewerbes kündbar; ferner für die Bekleidungsindustrie und für die chemische Industrie in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Württemberg-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern und West-Berlin.

## ■ 31. Mai

Tarifverträge für die Beschäftigten in der chemischen Industrie von Westfalen, Südbaden und Bayern laufen aus.

## Arbeitsprogramm der IG Bau-Steine-Erden

Die Beschäftigten im Baugewerbe stehen in der Skala der Tarifverdiene zur Zeit an vierter Stelle, beim Effektivverdienst jedoch erst an 11. Stelle. Das teilte Anfang November der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Rudolf Sperner, vor der Presse mit. Als Ziele erklärt das Arbeitsprogramm insbesondere die Verbesserung der Tariflöhne und Gehälter, die tarifliche Absicherung der Effektiv-einkommen, die Aufhebung der regionalen Differenzierung nach Ortsklassen, die Anhebung der Bewertungsgrundsätze für die Angestelltentätigkeit, das zusätzliche Urlaubsgeld und die Einführung der durchgehenden 40-Stunden-Woche. Eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaft sei auch die Absicherung der Löhne und Gehälter bei schlechtem Wetter. Die zur Zeit geltende Regelung müsse erheblich verbessert werden.

## Zu guter Letzt:

Die im Jahre 1969 „erheblich verstärkten“ Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften, heißt es im jetzt vorlegten Jahresbericht der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, seien trotz aller verbalen Anpassungs-techniken nichts als Klassenkampf.

Die Unternehmerfunktionäre haben es begriffen.

Ein 13-Punkte-Programm für eine soziale Wohnungspolitik hat der Mieterbund in der Bundesrepublik, dem 800 000 Haushaltungen als Mitglieder angehören, an den neuen Bundestag gerichtet. Der Präsident des Mieterbundes, der ehemalige Hamburger Bürgermeister Nevermann, erklärte bei der Übergabe des 13-Punkte-Programms, die Mieten im sozialen Wohnungsbau müßten gesenkt werden, denn 5 DM pro qm seien unsozial hoch. Sie würden außerdem preistreibend für Mieten in freifinanzierten Häusern und Altbauwohnungen wirken.

Auch die Altbaumieten, die von 1962 bis 1969 um 70 Prozent gestiegen

seien, sollten, laut Mieterbund, gesetzlich begrenzt werden. Er verlangte die Festlegung von Maßstäben für die kostengerechten Mieten in Altbauwohnungen.

Nach dem 13-Punkte-Programm soll jährlich der Bau von 300 000 Wohnungen öffentlich gefördert werden. Obwohl in den letzten beiden Jahrzehnten gewaltige Bauleistungen verzeichnet werden konnten, leben in der Bundesrepublik nach der letzten amtlichen Wohnungsensuerte noch 500 000 Personen in Baracken, Nissenhütten und anderen Notunterkünften; 350 000 Familien wohnen in Untermiete und 750 000 Wohnungen sind überbelegt. Mehr als 12 Millionen Wohnungen entsprechen in der Bundesrepublik nicht mehr den Anforderungen, die an eine moderne Wohnung gestellt werden.

Das Programm des Mieterbundes enthält daneben noch eine Reihe weiterer Forderungen, so die Erhöhung der Einkommensgrenze für die Wohnberechtigung im sozialen Wohnungsbau, die Zweckbindung der Sozialwohnungen nach vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Mittel auf zehn Jahre, die Verbesserung des Wohnungsgeldgesetzes und die Einführung eines Mietwucherparagraphen im Strafgesetzbuch.

Das 13-Punkte-Programm des Mieterbundes deckt sich im wesentlichen mit den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes für eine soziale Wohnungsbau- und Mietenpolitik, wie sie auch der 8. Bundeskongreß des DGB bekräftigt hat. Ohne Zweifel würde ein gemeinsames Eintreten von Mieterbund und Gewerkschaften für diese Forderungen günstige Voraussetzungen für ihre Verwirklichung schaffen.

-pp

## Adolf Deter gestorben

Im Alter von 69 Jahren verstarb am 14. November 1969 in Berlin das Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB, Adolf Deter. Sein Name hat bei den Gewerkschaftern beider deutscher Staaten einen guten Klang.

Deter, der auch den Lesern von NACHRICHTEN aus einigen Beiträgen in Erinnerung ist, stand seit mehr als 50 Jahren in den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung. In der Weimarer Republik spielte er u.a. während des historischen Streiks der Berliner Verkehrsbediensteten im November 1932 eine hervorragende Rolle. Besonders eng verbunden ist sein Wirken mit dem gewerkschaftlichen Widerstand gegen die drohende Hitlerdiktatur an der Wasserkante, vor allem auch als Sekretär der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter.

Deter bemühte sich auch in französischer und amerikanischer Emigration weiter um die Einheit der antifaschistischen Kräfte. Nach seiner Rückkehr in die Heimat machte er sich um den Aufbau des FDGB und die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands verdient. Er hatte bis zuletzt leitende Funktionen im FDGB inne.

In der Bundesrepublik wird Adolf Deter insbesondere wegen seiner fortgesetzten Bemühungen um die Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Werktägern und Gewerkschaftern der Bundesrepublik und der DDR von vielen Mitgliedern der Gewerkschaften geachtet.

## nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:  
Dr. Werner Petschik, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;  
Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;  
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 54 97 96; Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM, jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM). Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster